Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis ist bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257. Freitag, den 1. November 1918. 25. Jahrg.

Vor dem Ende.

In Washington, in Paris und London herrscht dieselbe Stimmung: der Krieg steht vor seinem Ende. Aus der amerikanischen Hauptstadt wird gemeldet, daß durch die Ereignisse der letzten drei Tage die Hoffnung auf baldigen Friedensschluß in Washington bedeutend stärker geworden ist, besonders da Wilson auch den Westmächten gegenüber an seinen 14 Punkten festhält. Ein Gesandter aus Paris, der in Genf angekommen war, um Lieferungsverträge abzuschließen, erklärte, der Abschluß von Kriegslieferungen sei unnötig geworden, weil der Krieg nächste Woche zu Ende sei, und in Londoner parlamentarischen Kreisen herrscht dieselbe Stimmung. Man hält dort sogar einen Frieden vor Weihnachten für sehr wahrscheinlich. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Chronicle" schreibt, in Kreisen, die mit der britischen Regierung in Verbindung stehen, sei man der Ansicht, daß die Bedingungen für einen Waffenstillstand nicht öffentlich angekündigt werden dürften, sondern daß sie Foch mitzuteilen seien, der sie Hindenburg persönlich mitteilen müsse. Ein militärisches Volk wie das deutsche werde verstehen, daß die einzig richtige Methode die sei, daß der deutsche Befehlshaber sich dem der Alliierten nähere.

In England hält man die Aussicht deshalb für gut, weil die deutsche Antwort bei genauer Prüfung den Beweis dafür zu bringen scheine, daß die demokratische deutsche Regierung von ernsthaftem Friedenswillen beseelt sei. Die Waffenstillstandsbedingungen sollen zwar Sicherungen und Garantien bringen, man will aber andererseits die Neuordnung in Deutschland berücksichtigen und dem deutschen Volke bis zu einer gewissen Grenze entgegenkommen. Der wesentlichste Fortschritt der letzten Tage soll in der Tatsache bestehen, daß die englische Oeffentlichkeit sich mit dem Gedanken befreundet, dem Feinde die Bedingungen nicht zu diktieren, sondern durch Verhandlungen einen Ausgleich zu finden und eine dauernde Verständigung der Völker vorzubereiten.

Ohne einen gewissen Hochmut der Sieger wird es trotzdem nicht abgehen und die Friedenshoffnung der anderen gründet sich, das darf nicht übersehen werden, immer auf die Rechnung, daß Deutschland sich unterwirft, wie Oesterreich und die Türkei sich unterworfen haben. Gegen diese Annahme wenden sich eine Anzahl ausgedienter Generale in der deutschen Presse, General Keim mit dem Rüstungsgelde in der „Deutschen Zeitung", General Litzmann in der „Täglichen Rundschau" und der militärische Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung", der sorgenlos „neutrale Fachstimmen" wiedergibt, in denen es von Deutschland heißt: „wir können noch ein Jahr, vielleicht noch länger aushalten, wobei wir starke Verteidigungslinien noch hinter uns haben, ehe wir in unserer letzten Hauptstellung stehen." So etwas will man den Feinden ernstlich glaubhaft machen — ein ebenso lächerliches wie frivoles Beginnen. Zum Glück haben diese Leute jetzt Deutschlands Politik nicht mehr zu bestimmen.

Sie wird es mit dem flammenden Aufruf unserer Genossin Käthe Kollwitz, der berühmten Malerin, halten, die sich gegen den falschen Ehrbegriff der letzten vier Jahre wendet und ausruft: „Es ist genug gestorben, keiner darf mehr fallen!"

Wir werden's schaffen.

Die Versuchung, das Vergangene zu beklagen, ist heute gewaltig. Der einfach Empfindende wird sich angesichts der letzten Ereignisse des Gedankens nicht erwehren können, daß alles Leid der letzten Jahre so zwecklos, so sinnlos gewesen, wie noch kein anderes Kriegselend es gewesen. Wozu alle Opfer, aller Gram, aller Kummer?

Aber wenn wir auch nicht vergessen können und nicht vergessen wollen, daß frevelhafter Uebermut der Herrschenden, ihre Machtpolitik, ihre Profitgier und ihr Rentenhunger das Volk in diesen furchtbarsten aller Kriege gedrängt, so müssen wir jetzt trachten, loszukommen von diesem Gedanken. Wir müssen loskommen, um der Zukunft willen, um der Aufgabe willen, die heute jedes Menschen harrt, der zu arbeiten verag.

Nicht Arbeit allein ist zu leisten, frohe Arbeit muß es sein, Arbeit, die noch an sich und ihr Ziel glaubt. Wir müssen aufbauen. Zur Totenklage bleibt uns keine Zeit. Nicht Geschehenes, unwiderruflich Geschehenes immer von neuem bejammern. Nicht berechnen, wo wir sein könnten, wenn uns der Krieg des Hasses nicht entzweit hätte. Nicht bedenken, wo der einzelne stünde, hätte er die vier Jahre des Mordens auf friedliche Arbeit verwendet. Die Reue baut kein Haus auf, der Jammer tröstet kein einsames Menschenkind. Das Bereuen und Beklagen verbittert und verkümmert. Wir aber brauchen freie, frohe Menschen für die freie, frohe Zukunft. „Wir werden's schaffen!" sagten deutsche Kriegsmänner beim Kriegsbeginn. So sagen auch wir jetzt, allem Kleinmut, aller Verzagtheit zum Trotz: „Wir werden's schaffen!" Das Werk des Friedens, das Werk der Zukunft. Sie schimmert uns entgegen. Ein Morgen der Demokratie und des sozialistischen Werdens dämmert der frohen und gesunden Arbeit.

Wir werden's schaffen!

Die Zustände in Oesterreich-Ungarn.

Während sich in Niederösterreich die Umwandlung in verhältnismäßig ruhigen Bahnen abspielt, zeitigt sie in Ungarn revolutionäre Geburtswehen. Unter Sturm und Drang, unter dem Zeichen des Bürgerkrieges hält insbesondere in der ungarischen Hauptstadt die neue Zeit ihren Einzug. Als einer ihrer ersten Opfer ist der ehemalige Ministerpräsident Graf Stefan Tisza anzusehen, der erschossen wurde. Mit ihm ist einer derjenigen Akteure ins Grab gesunken, die Europa in diesen ungeheuren Weltenbrand versetzten. Ueber die Tat wird berichtet:

Budapest, 31. Oktober. (Meldung des Ungarischen Telegr. Korrespondenzbureaus): Graf Stefan Tisza ist das Opfer eines Attentats geworden. Auf einem Spaziergang mit einer Verwandten in der Herminenstraße wurde er von Soldaten durch Revolverschüsse getötet. Die Begleiterin ist angeblich verwundet.

Eine andere Meldung besagt:

Budapest, 31. Oktober. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Graf Tisza ist heute in Budapest in seiner Wohnung ermordet worden. Die Mörder überrannten die die Villa des Grafen überwachenden Schutzorgane, drangen in die Villa ein und töteten den Grafen durch einen Schuß in den Bauch. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Wir brauchen unseren Standpunkt zu derartigen Taten hier nicht klarzulegen; das ist wiederholt bei anderen Anlässen geschehen. Aber dieser Mord zeigt, wie weit die Zustände in Budapest bereits gediehen sind. Daß sie einen revolutionären Charakter angenommen haben, wird u. a. auch bestätigt durch ein Telegramm des Grafen Karolyi als Präsidenten des Nationalrats an das „B. T.", das lautet:

Budapest, 31. Oktober.

In Budapest Revolution. Nationalrat hat Regierung übernommen. Garnison und Polizei anerkennt vollständig Nationalrat. Bevölkerung jubelt.

Aus weiteren Meldungen ergibt sich, daß es zwischen den dem Stadtkommando nahestehenden Truppen und den dem Nationalrat ergebenen Soldaten zu Straßenkämpfen gekommen ist, bei denen die letzteren siegten.

Angesichts dieser Tatsachen mutet es sonderbar an, wenn amtlich aus Berlin durch Wolff folgende Beschwichtigungsnotiz in die Welt gesandt wird:

> Die letzten Nachrichten aus Budapest zeigen, daß die von einem Teil der deutschen Presse übernommenen Nachrichten über starke revolutionäre Unruhen übertrieben sind. Die innere Neuordnung Ungarns führte soeben zur Bildung des Ministeriums Karolyi. Dieses hofft, in kurzer Zeit Herr der Lage zu sein und die noch bestehenden Unruhen zu beseitigen.

Das Beste ist, daß niemand an solche Beschwichtigungsnotizen mehr glaubt.

Ueber die

Kundgebungen in Wien

wird noch gemeldet:

Die Kundgebungen in Wien trugen zu Beginn ein deutschnationales Gepräge. Mit dem Fortschreiten der Zeit wurden sie immer sozialdemokratischer. Man hörte die Wacht am Rhein und das Lied: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ" singen. **Dann kamen aber die Arbeiter in geschlossenen Zügen.** Sie trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Hoch die sozialdemokratische Republik" und „Wir verlangen die Befreiung Fritz Adlers". Dann folgte eine Gruppe invalider Soldaten. Auch die Eisenbahner rückten geschlossen heran, etwa 16 000 Mann stark. Auch Arsenal-Arbeiter beteiligten sich. Das Militär trug statt der bisherigen Kaiserrosette schwarz-rot-goldene Bänder oder Schleifen. Die Abgeordneten, die sich zur Nationalversammlung begaben, wurden stürmisch begrüßt. Von Balkonen wurden Ansprachen an die Menge gehalten. Auch Offiziere in Uniform sprachen. Immer wieder erscholl die Wacht am Rhein. Die Tore der nahe gelegenen Hofburg waren geschlossen. Um ½ 7 Uhr bewegte sich ein Zug von Soldaten und Offizieren nach dem Landhaus. Ihm hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge angeschlossen. Eine schwarz-rot-goldene Fahne wurde ihm vorangetragen. Vor dem Landhaus nahm die Menge Aufstellung. Eine Abordnung von Offizieren und Soldaten begab sich in die Nationalversammlung. Der Abg. Glöckl hielt eine Ansprache, worin er mitteilte, daß die Abordnung vom Präsidium empfangen und daß das Präsidium mit dieser Abordnung der Soldaten, die einen Ausschuß gebildet haben, über die Zukunft der deutsch-österreichischen Armee und des deutsch-österreichischen Volksheeres verhandeln wolle.

Die

deutsch-österreichische Regierung

ist gestern gebildet worden. Zu Staatssekretären wurden ernannt: Aeußeres: Victor Adler, Sozialdemokrat; Krieg: Rittmeister Josef Meyer, Deutsch-Agrarier; Inneres: Dr. Mataja, Sozialdemokrat; Finanzen: Dr. Steinwender, deutschnational; Handel: Dr. Urban, deutsch-national; Wohlfahrt: Junkel, christlich-sozial; Unterricht: Pascher, deutschnational; Justiz: Roller, deutschnational; Ackerbau: Stockler, christlich-sozial; Fürsorge: Hanusch, Sozialdemokrat; Oeffentliche Arbeiten: Zertik, christlich-sozial; Ernährung: ehemaliger Sektionschef Löwenfeld; Gesundheit: Professor Dr. Kaupp.

Gestern mittag ist der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Uebernahme der Regierung in Wien zusammengetreten. Der Staatsrat dürfte sich nur als Beirat der Nationalversammlung und nicht als selbständiges Organ betrachten.

An der Spitze der heutigen Blätter erscheint ein

Aufruf des Staatsrats,

in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, die Ruhe zu bewahren. Es wird mit geteilt, daß der Staatsrat die Regierung **übernommen hat und nur im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche Frieden schließen werde.**

Der Kaiser versucht anscheinend mit allen Mitteln, seine Krone zu retten. Jetzt ist, um die Südslawen zu beruhigen, die

österreichisch-ungarische Flotte an die Südslawen ausgeliefert

worden. Das Kriegsministerium veröffentlicht die Uebergabe der gesamten Flotte an den südslawischen Nationalrat. Die Flotte, die Marine-Anstalten und sonstiges Marine-Eigentum werden dem südslawischen Nationalrat in Agram zur Verfügung gestellt. Mannschaften und Offizieren wird es freigestellt, ihren Dienst weiter zu versehen oder aber sich dauernd beurlauben zu lassen. Diese Uebergabe der Flotte ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Tagen die Marine-Sektion des Kriegsministeriums an den südslawischen Nationalrat mit der Aufforderung herangetreten war, beruhigend auf die Mannschaften der Flotte einzuwirken, da Nachrichten angelangt waren, daß die Marinemannschaften die Absicht hätten, zu meutern und die Einrichtungen der Schiffe zu zerstören. Da offenbar der Nationalrat keine Bürgschaften übernehmen konnte, daß derartige Ereignisse nicht eintreten, wurde vom Kaiser die Uebergabe der Flotte an den südslawischen Staat verfügt. Gleichzeitig lag dabei auch offenbar die Absicht zugrunde, die Flotte vor den Italienern oder den Engländern und Franzosen, deren Landung in Dalmatien stündlich erwartet wird, zu bewahren.

Das k. k. Kriegsministerium, Marinesektion, „verlautbart" folgendes: Auf Allerhöchsten Auftrag wird verfügt: Allen Mannschaften, die nicht der südslawischen Nationalität angehören, kann auf Verlangen die Heimkehr bei gleichzeitiger dauernder Beurlaubung gestattet werden. Flotte, Marineanstalten und sonstiges Marine-Eigentum werden dem **südslawischen Nationalrat in Agram** im Wege des lokalen Ausschusses sukzessive übergeben. Von den übergebenden k. k. Behörden und Kommanden ist die Geltendmachung des Eigentumsrechts der nicht südslawischen Staaten resp. Nationen zwecks seinerzeitiger Ablösung protokollarisch ausdrücklich vorzubehalten. Da ein **Flaggenwechsel** aus internationalen Gründen nicht sofort durchführbar ist, wäre nach der Uebergabe an den slawischen Nationalrat der **Führung nationaler Abzeichen** neben der Kriegsflagge kein Hindernis in den Weg zu legen. Dem gesamten Stabe steht es frei, auf den Einheiten der Flotte und bei den Behörden nach ordnungsmäßiger Uebergabe an den südslawischen Nationalrat weiter dienstleistend zu verbleiben. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung und der Erhaltung des Marineeigentums hat das Flottenkommando Kriegsministerium, Marinesektion, auf sukzessiven Abgang der verantwortlichen Stabspersonen entsprechenden Einfluß zu nehmen. Vom Kriegsministerium, Marinesektion, werden Vertreter mit dem südslawischen Nationalrat in Agram wegen der Festsetzung weiterer Details direkt in Verbindung treten. Die k. k. Marinebehörden und Kommanden haben für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Regelung des Abtransportes weiter Sorge zu tragen. An das **Donau-Flottillenkommando** ergeht überdies der **Auftrag**, bei der Uebergabe der Donau-Flottille **an die königlich ungarische Regierung** im gleichen Sinne vorzugehen und dementsprechend die nicht ungarische Mannschaft zu entlassen.

Dieser Schritt hat natürlich bei den Deutsch-Oesterreichern lebhaften Unwillen ausgelöst. Wir bezweifeln auch sehr stark, daß der gewünschte Zweck hierdurch erreicht wird. Dasselbe dürfte auch nicht der Fall sein durch die

militärische Amnestie

und durch die gewissermaßen amtlich erfolgte

Auflösung der k. k. Armee,

welche beiden Maßnahmen durch folgende amtliche „Verlautbarungen" angekündigt werden:

Allen Personen, die in Militärgefangenen-Häusern wegen Verbrechens, Ausspähung und anderer gegen die Kriegsmacht des Staates gerichteter Handlungen, Hochverrats, Mitschuld am Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstandes und Aufruhrs und wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung Freiheitsstrafe verbüßen, wird Strafunterbrechung bis auf weitere Weisung erteilt. Personen, welche sich wegen einer oben erwähnten strafbaren Handlung in Untersuchungshaft befinden, sind sofort auf freien Fuß zu setzen. Personen, die sich wegen des Verbrechens der Desertion in Strafhaft befinden, wird eine Strafunterbrechung dann gewährt, wenn sich die Desertion als Teilerscheinung der nationalpolitischen Bewegung darstellt. Personen, die sich wegen einer solchen Desertion in Untersuchungshaft befinden, sind auf freien Fuß zu setzen. Straffälle, wobei ein anderes, den Strafsatz bestimmendes Verbrechen konkurriert, kommen für die Strafunterbrechung oder die Aufhebung der Untersuchungshaft nicht in Betracht. Hiernach sind die erforderlichen Verfügungen sofort zu treffen.

Sr. Majestät gestatten, daß auf ihr Ansuchen die Offiziere und Offiziersaspiranten des Heeres der k. k. Landwehr, bezw. des Landsturmes und der Gendarmerie des Hinterlandes, die in Ländern heimatszuständig sind, für welche sich Nationalräte gebildet haben, dem betreffenden Nationalrate

zur Verfügung gestellt werden, behufs Dienstleistung in den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu bildenden militärisch organisierten Körperschaften. Die Offiziere dürfen für den neuen Dienst die vorgeschriebenen Uniformen oder Abzeichen tragen. Gesuche der betreffenden Offiziere sind direkt dem Kriegsministerium vorzulegen. Se. Majestät gestatten weiter, daß die Militärkommandos den Mannschaftspersonen nach ihrer Bitte ebenfalls den Eintritt in die oben erwähnten militärisch organisierten Körperschaften bewilligen.

Das letztere bedeutet die Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee und die völlige Kapitulation des Kaisers vor den Nationalstaaten. Oesterreich-Ungarn ist tot; nur ein Ueberrest ist noch vorhanden, das ist der Kaiser. Aber auch dieser Ueberrest dürfte bald verschwinden. Der Weltkrieg war und ist die Weltrevolution!

Das der Krieg bringt.

Foch zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigt?

Wie die „Times" meldet, haben die alliierten Heeresleitungen den General Foch zur Führung der Verhandlungen über den Waffenstillstand und zu dessen Abschluß ermächtigt.

Zur Waffenstillstandsfrage liegen noch folgende Meldungen vor:

Washington, 31. Oktober. (Reutermeldung.) Die letzte deutsche Note ist dem Staatsdepartement förmlich übergeben worden. Es wird gesagt, daß sie nichts an der Lage ändert. Man erwartet, daß **der nächste Schritt in der Bekanntmachung der Waffenstillstandsbedingungen** seitens der verbündeten Hauptmächte an die Kriegführenden bestehen wird.

London, 31. Oktober. Reuter erfährt: Nachdem der Präsident Wilson die **weitere Korrespondenz mit Deutschland den** alliierten Regierungen übertragen hat, damit diese ihre Ansichten zum Ausdruck bringen, liegt das politische Schwergewicht da, wo die Staatsmänner der assoziierten Regierungen über die Lage beraten. Es wäre unklug, den nicht amtlichen Mutmaßungen und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen zu viel Beachtung zu schenken. Auf jeden Fall darf darauf gerechnet werden, **jede Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Gegner unmöglich zu machen.** Es darf auch erwartet werden, daß die Waffenstillstandsbedingungen unmittelbar die **Heimsendung aller britischen Kriegsgefangenen** vorsehen werden. Wenn man die militärische Lage Deutschlands einerseits und Oesterreichs und der Türkei andererseits vergleicht, ist es klar, daß die beiden letztgenannten Staaten vernünftigerweise keine günstigere Behandlung erwarten dürften, als die, die Bulgarien [illegible]

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 31. Oktober, abends. (Amtlich.)

Erneute Kämpfe in Flandern. Feindliche Angriffe von der holländischen Grenze bis zur Schelde sind vor der Lys-Front gescheitert. Zwischen Deinze und der Schelde brachten wir den Feind, der an einzelnen Stellen in unsere Linien eindrang, sehr bald zum Stehen. Auf den Aisne-Höhen nordwestlich von Chateau-Porcien wurden heftige Angriffe der Franzosen abgewiesen.

Bolschewistische Umtriebe.

Wie die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz" berichtet, hat sich das Kriegskabinett in seinen letzten Sitzungen auch mit der bolschewistischen Agitation beschäftigt, die von untergeordneten Stellen der **Berliner Vertretung der Sowjet-Regierung** auszugehen scheint. Es wurden in diesem Zusammenhange verschiedene sich als notwendig erweisende Maßnahmen erwogen und beschlossen.

Die „Zehlendorfer Tageszeitung" weist in einem Artikel auf den erstaunlichen Kurierverkehr der russischen Botschaft zu Berlin hin. Sie behauptet, daß bei Herrn Joffe während seiner Berliner Amtsführung nicht weniger als **300 bis 400 Kuriere aus Petersburg und Moskau eingetroffen** seien. Wo sie bleiben, wisse man nicht. Auch sei ein umfangreicher **Waffenschmuggel** aus Rußland im Gange. Insbesondere würden Handgranaten eingeführt.

Gegenüber so positiven Angaben wird sich die russische Botschaft in Berlin einer Erklärung nicht entziehen können.

Von den belgischen Wehrpflichtigen.

Da die zurückgeführten belgischen Wehrpflichtigen versucht haben sich mit Gewalt dem Befehl der Räumung zu widersetzen, werden alle deutschen Militärbehörden, wie Wolff meldet, voraussichtlich in Kürze gezwungen sein, die Befolgung ihrer Befehle energisch durchzusetzen, da die militärischen Operationen dies unbedingt notwendig machen. Es wäre zu bedauern, wenn die Verzögerung der Antwort der belgischen und der französischen Regierung derartige Zwangsmaßnahmen unabwendbar machen würden.

Anfängliche Weigerung der Italiener zu Verhandlungen.

Der gestrige österreichisch-ungarische Bericht des Chefs des Generalstabes lautet:

Das Oberkommando hat bereits am 29. Oktober früh durch einen Parlamentär **die Verbindung mit der italienischen Heeresleitung** hergestellt. Es sollte kein Mittel **zur Vermeidung weiterer unnützer Blutopfer**, zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Abschluß des Waffenstillstandes unversucht bleiben.

Das italienische **Oberkommando** hat gegen diesen von den besten Absichten geleiteten Schritt **zuerst eine unverkennbare ablehnende Haltung** eingenommen. Erst am 30. Oktober abends konnte der General der Infanterie von Weber mit einer Abordnung im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando die Gefechtslinie zur Einleitung von Verhandlungen überschreiten. — Wenn demnach auf dem italienischen Kriegsschauplatz die Kriegsgreuel ihren Fortgang finden, müssen die Schuld und die Verantwortung lediglich auf Rechnung unserer Feinde geschrieben werden.

Die italienischen Kriegsverlängerer „arbeiten".

Der „Corriere" hetzt gegen die italienischen Sozialisten, deren Friedensaktion er anarchistisch nennt. Die Regierung müsse mit allen Mitteln [illegible]

Die türkischen Friedensverhandlungen.

Die Agenzia Stefani meldet: In Ergänzung der bis jetzt von der Regierung auf verschiedene Art eingeleiteten **Verhandlungen mit der Entente** sind der Marineminister Reaf Bei, Unterstaatssekretär im Amte für auswärtige Angelegenheiten Rechad Hikmet Bei und der Generalstabschef Sadullah Bei am Donnerstag abend von Konstantinopel auf dem Seewege mit dem Auftrage abgereist, die Verhandlungen zu führen. Nach ihrer Ankunft an dem Bestimmungsort knüpften sie Verhandlungen an.

Nach einer späteren Meldung ist der **Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Alliierten** gestern mittag 12 Uhr **abgeschlossen worden.** — Nach den „Daily News" werde man die **Internationalisierung Konstantinopels** ebenfalls als Friedensbedingung stellen.

Die „B. Z." meldet aus Bukarest: Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Bernstorff, traf über Constantza in Bukarest ein und hat die Reise über Budapest nach Berlin fortgesetzt.

Arbeiter- und Soldaten-Aufstand in Serbien.

Das „Berner Tageblatt" meldet: Es hat sich in Serbien ein Soldaten- und Arbeiterrat gebildet. Seit kurzem wirkt bereits der Sowjet der Bauern- und Arbeiterdeputierten. Die serbische Armee und die Arbeiter- und Bauernmassen sind im Aufstand und demonstrieren unausgesetzt für den sofortigen allgemeinen Frieden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Frage des Thronverzichts.

Das „Berl. Tagebl." berichtet: Von verschiedenen Seiten ist gestern gemeldet worden, das Kriegskabinett habe sich in seinen letzten Sitzungen mit der Frage des Thronverzichts beschäftigt. Diese Meldung trifft nach den Informationen des „Berl. Tagebl." nicht zu. Dagegen hat das Kriegskabinett gestern abend in einer dreistündigen Sitzung Veranlassung gehabt, sich, wenn nicht mit der Frage selbst, so doch mit den Situationen, die sich daraus ergeben, und mit Vorgängen, die damit zusammenhängen, zu befassen. Der Kaiser ist gestern früh in das Große Hauptquartier abgereist. In politischen Kreisen bedauert man diese Reise, da angesichts der nun einmal umlaufenden Gerüchte und der ganzen Sachlage allerlei Kombinationen daran geknüpft werden könnten.

Genosse Hue preußischer Staatsminister?

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" tritt Genosse Hue in das preußische Staatsministerium ein. — Bisher ist uns hiervon nichts bekannt geworden.

Eine Verhöhnung des Volkes.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg besteht ein Wahlrecht, das den Agrariern unter allen Umständen die Mehrheit sichert. Dagegen laufen unsere Parteigenossen schon seit Jahren Sturm. In der vorjährigen Landtagssession wurde nun eine Kommission eingesetzt, in der alle Parteien vertreten sind, die sich mit der Notwendigkeit der Abänderung des jetzigen Klassenwahlrechts beschäftigte. Diese Kommission hat den Sommer über mehrre Sitzungen abgehalten, ohne daß es dabei zu einem Resultat gekommen wäre. Wie es selbstverständlich war, hatten unsere Genossen das allgemeine und gleiche Wahlrecht beantragt, die Staatsregierung glaubte aber darauf nicht eingehen zu können, ihr schwebte ein berufsständisches Wahlrecht vor. Bisher ist man aber mit dem eigentlichen Vorschlag noch nicht herausgekommen. Am 29. Oktober fand eine weitere Sitzung statt, in der endlich der Minister v. Wufow mit den neueren Plänen herausrückte. Danach soll die Wahlkreiseinteilung bestehen bleiben, also das Uebergewicht der Agrarier. In 23 Wahlkreisen soll durch allgemeine Wahl gewählt werden, jedoch in der Stadt Altenburg nach der Verhältniswahl. Ferner sollen 16 Abgeordnete durch berufsständische Wahlen gewählt werden. Eine Verfassungsänderung soll sich nur ermöglichen lassen, wenn zwei Drittel der Abgeordneten dafür zu haben ist.

Unter diesen Umständen gaben unsere in der Kommission vertretenen Genossen folgende Erklärung ab:

„Bei den seitherigen Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage hat sich ergeben, daß die Auffassungen über die Staatsnotwendigkeiten in der gegenwärtigen Zeit zwischen uns und der Regierung dermaßen voneinander abweichen, daß wir es ablehnen müssen, weiter mit Ihnen zu verhandeln. Wir betrachten es im Interesse des Landes liegend, daß ein Wechsel im Staatsministerium eintreten muß. Wir ersuchen, dem Herzog von dieser Sachlage umgehend Mitteilung zu machen, mit dem Hinzufügen, daß wir bereit sind, dem Herzog unsere Auffassungen vorzutragen und über die von uns als Vertreter der überwiegenden Mehrheit des Volkes unumgänglich notwendig zu erachtenden Reformen eine Verständigung anzubahnen."

Hierauf verließen unsere beiden Genossen die Sitzung und ließen die Rumpfkommission unter sich. Damit dürfte der Wahlrechtskampf im Herzogtum Sachsen-Altenburg aufs neue auf die Tagesordnung gesetzt sein.

Ein tapferer Gottesmann.

In den alldeutschen Braunschweiger „Neuesten Nachrichten" veröffentlicht Pastor H. Brakebusch diesen Aufruf:

Aufruf!

Ist je ein Volk mit größerem Schimpfe geschändet als jetzt das deutsche? Und alles schweigt wie auf den Kopf geschlagen. Drei Dinge können jedem, der kein Lump ist, nur noch in der Seele brennen: Zorn, Scham und Verachtung. Ehe es dann noch dahin kommt, daß **auswärtige und inwärtige Hunde** den Kaiser nötigen, unter das Wilsonsche Joch sich zu beugen, das alle Tage niedriger gestellt wird, um zu sehen, bis zu welcher Kläglichkeit **deutsche Friglinge und Sklavenseelen** sich zum Spott aller Völker noch weiter erniedrigen lassen, bei welcher Erniedrigung dem Kaiser natürlich die Krone vom Haupte fallen müßte, sei es, gefordert von denen, die mitkriechen, sei es, gefordert von denen, die nicht kriechen, rufe ich in zwölfter Stunde, was im Volke noch Ehre im Leibe hat, auf, mich zu bevollmächtigen, ihm näherzulegen, wer in Deutschland das Volk ist. **Nicht die, welche von Aufwiegelei ihr Dasein fristen,** nicht die sie betreuenden französisch-revolutionär angetränkelten oder bereits morsch und rottenfaul gewordenen Liberalen und deren hinter ihnen zischelnden Hetzer und Hintermänner, sondern die Zurückhaltenden und Bescheidenen im Lande, die man zwar vergißt, die aber da sind. Ich rufe auf den Adel der deutschen Nation, den von Geburt wie den von Gesinnung, ich rufe auch auf **den kleinen Mann, soweit er sich die vaterlandslosen Gesellen noch vom Leibe gehalten hat,** und wende mich nicht zum wenigsten an die edle deutsche Frau. Laßt den Kaiser, laßt Eure Landesfürsten wissen, daß Ihr Euch nicht von Umstürzlern regieren lassen wollt, sondern von ihnen, aber mannhaft und fest. Verlangt, daß kein Schritt mehr gewichen wird, daß Hindenburg vorstößt, daß man den Feind packt mit aller Kraft und aller Wut. **Und wer sich hier mucht und weiter meint, sein verwegenes Maul auftun zu können, den lehre man beten.** Steht auf! Hoch den Mut und die Entschlossenheit! Redet endlich! Schickt oder bringt mir eine tausendfache Zustimmung! Gott sei Panier!

H. Brakebusch, Pastor.

Vielleicht nimmt nun Herr Brakebusch das Gewehr über die Schulter und kämpft gegen die „auswärtigen und inwendigen Hunde". Oder sollten wir es auch hier wieder mit einem jener Heimtriger zu tun haben, die andere ins Feuer schicken, selbst aber weiter am warmen Ofen hocken möchten?

Die Resolution in der Kirche.

Das „B. T." erhält von einem Geistlichen folgende Zuschrift: „Während ich urlaubsweise in meiner Gemeinde Briesen in Westpreußen war, hat am vorigen Sonntag der Vorsitzende der Vaterlandspartei Briesen (Westpreußen), Superintendent Rogazinski, von der Kanzel herab ein alldeutsches Telegramm an Hindenburg verlesen und sodann diejenigen Besucher des evangelischen Gottesdienstes, die mit dem Telegramm nicht einverstanden seien, aufgefordert, das Gotteshaus zu verlassen. Darauf erklärte der Superintendent eine Resolution, auf die im Telegramm hingewiesen war, für angenommen und sandte sie an Hindenburg." „Die Welt", so schließt die Zuschrift, „wird zwar durch solche Resolutionen nicht geändert, aber es ist doch wohl nötig, diesen Mißbrauch der Kanzel öffentlich zu brandmarken."

Parlamentarische Minister in Sachsen.

Der sächsische Staatsrat, dem auch zwei Sozialdemokraten angehören, hat Beschlüsse gefaßt, die eine Grundlage für die Ernennung parlamentarischer Minister bilden sollen. Nach entsprechender Abänderung der Verfassung werden vier Parlamentarier als Minister ohne Portefeuille in das Ministerium eintreten. Die Mandate der Neuernannten bleiben in Kraft. Dagegen beziehen die Minister ohne Portefeuille kein festes Gehalt, sondern nur eine Aufwandsentschädigung. Auch die Staatsministereigenschaft fehlt ihnen. Zu Ministern ohne Portefeuille werden von den Nationalliberalen der Abg. Nitzschke, von den Fortschrittlern der Abg. Günther, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Fräßdorf und Heldt vorgeschlagen. Die Ernennung soll in nächster Zeit erfolgen.

Die bayerische Neuorientierung.

Nach den nunmehr feststehenden Ergebnissen der interfraktionellen Beratungen ist das Verhältniswahlsystem nach der Einteilung der Regierungskreise durchgeführt, so daß nur acht Wahlkreise gebildet werden. Kriegsteilnehmer können sich an der Wahl vom 21. Lebensjahre ab beteiligen. Die Reichsratskammer wird künftig Gesetze, die dreimal die Zustimmung der Abgeordnetenkammer gefunden haben, nicht mehr ablehnen können. Es sollen einjährige Finanzperioden eingeführt werden. Den Mitteilungen über die Aenderungen im Ministerium ist noch beizufügen, daß ein **Ministerium für die sozialen Aufgaben des Staates** geschaffen und mit einem Sozialdemokraten besetzt ist. Ferner sollen vier Minister ohne Portefeuille und mehrere Staatsräte aus den Reihen der Parlamentarier genommen und ein **Parlamentsausschuß zur Kontrolle der Regierung** auch außerhalb der Tagung des Landtages eingesetzt werden.

Dänemark.

Beschränkung der Königsrechte. Nach einem Telegramm der „Voss. Ztg." aus Kopenhagen fragte in der Dienstagsitzung des Folkethings der sozialdemokratische Abgeordnete Sigvald Olsen an, ob die Verfassungsbestimmung, wonach der dänische König das Recht hat, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, nicht aus der Verfassung entfernt werden könne. Olsen forderte das Ministerium auf, die Zustimmung des Königs zu einer derartigen Aenderung einzuholen. Staatsminister Zahle erklärte darauf, er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß, falls eine derartige Verfassungsänderung von den beiden Kammern des Reichstages angenommen werde, die Bestätigung keinem Widerstand beim Könige begegnen werde.

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie lernt um.

Wie unser Dortmunder Parteiblatt erfährt, sind maßgebende Großindustrielle des Industriebezirks an die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen herangetreten, um sowohl im Bergbau wie in der Großeisenindustrie eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Ueber die Einzelheiten dieser Verhandlungen wird noch an anderer Stelle zu berichten sein, hier kommt es darauf an, die grundsätzliche Bedeutung des Vorganges darzustellen.

Wie sich die Zeiten ändern! Es war noch nicht lange vor dem Krieg, daß sich in Düsseldorf Dr. Hoff, der einflußreiche Syndikus einer großen Unternehmerorganisation der Eisenindustrie, den Satz leisten konnte: „Meine Herren, ich habe noch keinen wirklichen Gewerkschaftsführer zu Gesicht bekommen." Von den anwesenden Unternehmern wurde dieses Geständnis mit heiterem Schmunzeln aufgenommen. Und der alte Ehrhardt, der Kanonenkönig, hatte zu derselben Zeit seinen Arbeiterausschuß mit seinem schnoddrigen Handlungsreisendenwitz nach Hause geschickt. Sollen wir daran erinnern, daß die Zeit nicht allzulange her ist, als man gegen Gewerkschaftsfunktionäre, die vor den Hüttenwerken Handzettel zum Besuche von Betriebsversammlungen verteilen wollten, die dienstwillige Fabrikfeuerwehr mobil gemacht hat. In diesem Sinne hat das industrielle Herrenmenschentum vor dem Kriege die Behandlung der Arbeiterfrage verstanden.

Am 18. Oktober ds. Js. saßen im Gebäude des Bergbaulichen Vereins zu Essen an einem Beratungstisch zusammen: Von der Unternehmerseite als geschäftsführender Ausschuß des Zechenverbandes die Herren Hugenberg (Firma Krupp), Kirdorf (Gelsenkirchener B.-V.), Hugo Stinnes (Deutsch-Luxemburg- und Stinneszechen), Winkhaus (Kölner B.-V.), Althoff (Rhein. Stahlwerke, Zeche Zentrum usw.), Jakob (Deutscher Kaiser), Kleine (Harpener B.-V.)

Für den Bergarbeiterverband waren erschienen: Sachse, Husemann und Hue; für den christlichen Gewerkverein: Vogelsang, Imbusch und Steeger; für die polnische Berufsvereinigung: Mankowsky, Loduszejski und Grizeck; für den Gewerkverein H.-D.: Schmidt.

Haben die Unternehmer auch hier durch das Erlebnis des Krieges sich in ihren Anschauungen grundsätzlich gewandelt? Welche Motive sind ausschlaggebend gewesen?

Wir sind keine Optimisten. Wir geben uns nicht dem Glauben hin, daß nun eine Zeit anbrechen wird, in der das rheinisch-westfälische Unternehmertum in eitel Harmonie alle Arbeiterfragen mit den Vertretern der Gewerkschaften regelt. In Wirklichkeit haben sich bestimmte Machtverhältnisse gewandelt und die Unternehmer sind klug genug, sich diesen Dingen anzupassen.

Der Krieg selbst ist auch hier der größte Revolutionär gewesen. Wir stehen vor der Liquidation des Krieges, die Bilanz, die Abrechnung steht unmittelbar bevor und ebenso unzweifelhaft ist es, daß die Stellung des Unternehmertums im Staat und im Wirtschaftsleben sich in entscheidendem Maße verändern muß. Weitsichtiger wie unsere Junker hat hier ein wichtiger Typ unserer Unternehmerschaft freiwillig eine Position geräumt, die über kurz oder lang durch die neuen Machtfragen aufgegeben werden muß.

Denn durch den Krieg und seine Wirkungen ist der Weg zum Sozialismus nicht mehr aufzuhalten. Der Sozialismus wird kommen, weil er kommen muß. Aus tausend Wunden blutet die Welt, mehr wie vier Jahre hat die Menschheit Werte vernichtet, statt aufzubauen. Aus dem Arbeitsvertrag

früherer Jahrzehnte haben wir während des Krieges mit leben müssen, haben verbraucht an Eisen und Stahl, an Kleidung und Maschinen, an Bahnen und Schiffen, was in dem Sammelbecken unserer Volkswirtschaft aufgespeichert war. Der Tag des Friedens wird uns finden wie Kaufleute, deren Vorräte aufgebraucht und deren Läger leer sind. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Zustrom neuer Materialien und neuer Fabrikate erfolgt, damit sich das Getriebe der Volkswirtschaft wieder in Bewegung setzen kann.

Und dieser neue Aufbau im Wirtschaftsleben bedingt auch eine neue Wirtschaftsordnung. Das freie Spiel der Kräfte ist schon während des Krieges zusammengebrochen, eine Rückkehr zur alten Wirtschaftsweise ist auch nachher nicht mehr möglich. Aus dem Stadium des Privatkapitalismus geht es in beschleunigtem Tempo zur Gemeinwirtschaft, zur Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel.

Im Zeichen der privatkapitalistischen Wirtschaft wurde für den Unternehmer das Recht der vollständigen Wirtschaftsfreiheit proklamiert. Keine gesetzgeberischen Schranken sollten sein Schaffen hemmen, nur im ungehinderten Wettbewerb aller Kräfte könne er sich auswirken und der wirtschaftliche Fortschritt könne nur auf Grund der unbedingten Wirtschaftsfreiheit dem Staat und der Gemeinschaft gegenüber sich vollziehen. Die Kirdorf und Stinnes kämpften mit zäher Energie und unbestreitbarem Erfolg gegen jede Einmischung durch den Staat und ebenso waren sie gewohnt, auch den Arbeitern, „ihren Arbeitern", den eigenen Willen aufzuzwingen. Die „Herren im eigenen Hause", dem Staat gegenüber waren und blieben auch Herrenmenschen den Arbeitern gegenüber.

Die neue Zeit erfordert Anspannung aller Wirtschaftskräfte. „Kein Arm darf feiern, keine Materialwelle darf unbenutzt bleiben, keine Maschine darf still stehen," so ruft Walter Rathenau und in dem Sinne hat seine Forderung Berechtigung, daß wir nach dem Kriege in ein Erwerbsleben hineingerissen werden, in dem wir uns nicht den Luxus leisten können, wichtige Kräfte unserer Volkswirtschaft brach liegen zu lassen, denn wir müssen wieder hinein in den Wettkampf der Völker trotz unseres geschwächten Menschenmaterials, und unserer in den wertvollsten Beständen angegriffenen Wirtschaftsmittel. Dazu bedarf es vor allen Dingen auch der Arbeiter. Die politische Demokratisierung, durch den Krieg unentrinnbar geworden, muß sich durchsetzen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Das ist der tiefe Sinn jener Taktik, die jetzt von den Schwerindustriellen in Rheinland und Westfalen als richtig anerkannt wird: Die Gewerkschaften haben während des Krieges ihre Belastungsprobe bestanden, ohne diese Gebilde wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, alle Arbeiterfragen einheitlich zu regeln und das Heer der arbeitenden Kräfte in die Kriegswirtschaft einzuordnen. Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft aber wird zu einem Umbildungsprozeß, der durch seine komplizierten Gestaltungen noch viel mehr der Gewerkschaften bedarf. Selbst die Herrenmenschen in der Industrie werden dann lernen müssen, sich diesen Notwendigkeiten anzupassen. Die Kirdorf und Stinnes haben den Anfang gemacht, es wird von der Kraft und Entschlossenheit der Gewerkschaften selbst abhängig sein, ob sie die durch die Zeit gegebenen neuen Positionen auszuwerten imstande sind.

Richard Woldt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 1. November.

Allerheiligen — Allerseelen.

Zu Beginn des Monats November, wenn draußen die letzten Blätter fallen, wenn der Nebel tropft und die Landschaft ihren Schleier dichter preßt, feiert die katholische Kirche ein doppeltes Gedächtnisfest: Allerheiligen und Allerseelen. Sie läßt ihren Zugehörigen, soweit ihre letzten Hoffnungen noch im Jenseits verankert sind, das Lob ihrer Heiligen des Himmels erklingen und führt sie dann zum Gedächtnis der armen Seelen zusammen, denen die Heiligen als Mittler und Helfer aus den Qualen des Fegefeuers dienen sollen.

Aber weit umfassender ist das Reinmenschliche und Allgemeine des Schmerzes, daß den schwarzen Zügen der Menschen eigen ist, die in diesen Tagen schweigend durch die Friedhofspforten und -tore in kleinen Dorffriedhöfen und städtischen Totenfeldern in der Heimat wie in Feindesland ziehen, an den Gräbern sich verteilen und ihre Kränze niederlegen. Diese Menschen, ob gläubig oder ungläubig, sie sind alle Liebende, trauernde Eltern, Gattinnen, Bräute, Brüder und Schwestern. Ihnen allen sind gemeinsam die Tränen um diejenigen, die daheim durch Unentheit oder Siechtum dem ernsten Naturgesetz von der Vergänglichkeit des Lebens erlegen sind, doch unendlich bitterer um die Edelopfer unseres Weltunglücks, deren Blut in Jugendkraft brannte und deren Augen gewaltsam geschlossen wurden, die in unvorstellbaren Scharen jetzt modern im Unbekannten an der Somme und Verdun, in Italien und Mazedonien, am Pontus und bis zur Wüste des Sinai. Um sie begegnen sich die Gefühle deutscher und englischer, russischer und französischer, italienischer und rumänischer Mütter und Massen, die alle Menschen sind, innerlich ausgerüstet mit denselben Zügen, gut und schlecht wie wir selber. Die alle lieben und hassen, hoffen und bangen, die alle lenkbar sind und in die Irre gehen, wenn sie mißleitet werden, und die Wege zum Richter finden, wenn sie ihnen gezeigt werden, so wie wir diesen Einflüssen unterliegen.

Was will gegenüber dem Seelenschmerz und dem zerstörten Zukunftsglück, deren Gedenktage heut einer ist, die nationalistische Phrase vom Ruhm und vom Heldentum besagen, mit der man das Leid der Getroffenen zu betäuben sucht! Wir lehnen sie ab trotz alles Verständnisses für die Notwendigkeit eines Trostes gegenüber einem historischen Schicksal, das zu bannen wir noch nicht die Macht besaßen. Daß Erkenntnis und Gefühl für die wahren Interessen der gesamten Menschheit noch nicht stärker waren, dessen schämen wir uns in aller Trauer, in der wir tief die Stirn vor den Toten des Krieges senken. Und diese Scham wird sich der Menschheit bemächtigen. Von ihr bewegt, werden heute an den Gräbern viele in innerlichem Gelöbnis stehen, deren Wirken fürder neuen Zielen gehört.

Milchpreisermäßigung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Polizeiamtes, wonach der Preis für ein Liter Vollmilch von 38 Pfg. auf 48 Pfg. erhöht ist, gibt der Ausschuß für Kriegshilfe auch die neuen Bestimmungen über den Bezug von Vollmilch zum ermäßigten Preise bekannt.

Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark oder welche zur Einkommensteuer nicht veranlagt sind, erhalten für jedes vollmilchberechtigte Mitglied ihres Haushalts auf Antrag eine Beihilfe von 11 Pfg. für das ½ Liter Vollmilch.

Anträge auf diese Beihilfe sind im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe, Königstraße 13 I, unter Vorlegung des Steuerzettels oder einer Bescheinigung des Steueramtes, daß der Antragsteller zur Einkommensteuer nicht veranlagt ist, sowie unter Vorlegung des zum Bezuge der Vollmilch berechtigenden Ausweises zu stellen. Die Beihilfe wird durch Ausgabe von Ausweiskarten mit daranhängenden Gutscheinen, jedoch für nicht mehr als bis zu ½ Liter täglich für jeden Bezugsberechtigten gewährt.

Die Ausgabe der neuen Ausweiskarten erfolgt vom Dienstag dem 5. November ab in der Geschäftsstelle des Ausschusses für Kriegshilfe, Königstraße 13 I.

Zur Milchverteuerung wird uns von amtlicher Seite geschrieben: Die seit längerer Zeit bevorstehende Erhöhung der Milch- und Butterpreise ist inzwischen wohl in allen Teilen des Reiches in Kraft getreten, und nachdem besonders diejenigen Gebiete, die für die Belieferung Lübecks mit Milch vorwiegend in Frage kommen, nämlich die preußische Provinz Schleswig-Holstein und das oldenburgische Fürstentum Lübeck die Preiserhöhung durchgeführt haben, ließ sie sich in Lübeck nicht länger hinausschieben. Der Erzeugerhöchstpreis ist in den beiden erwähnten Gebieten für Vollmilch, die nach Städten mit über 10 000 Einwohnern geliefert wird, auf 40 Pfg. für das Liter festgesetzt, der Kleinhandelshöchstpreis beträgt in Schleswig-Holstein in Städten mit über 10 000 Einwohnern (Altona, Kiel, Neumünster) 52 Pfg., für das Liter, in kleineren Orten 48 Pfg., im Fürstentum Lübeck ist er allgemein auf 48 Pfg. festgesetzt. Unter diesen Umständen ließ sich auch hier eine wesentliche Erhöhung nicht umgehen, das Polizeiamt glaubte aber in Uebereinstimmung mit der Preisprüfungsstelle mit einer Erhöhung auf 48 Pfg. für das Liter auskommen zu können, ohne daß die Belieferung Lübecks mit Vollmilch gefährdet wird. Auch die Erhöhung des Preises für Magermilch von 24 auf 28 Pfg. für das Liter war notwendig, weil in den Haupt-Belieferungsgebieten der Herstellerpreis auf 15 Pfg. für das Liter und ½ Pfennig Beihilfe je Liter und Kilometer für den Transport von der Molkerei bis zur Verladestation erhöht worden ist. Die Kosten der Verladung und des Bahntransportes sind außerdem von dem Bezieher zu tragen. Im Falle der Beibehaltung des bisherigen Preises von 24 Pfg. wäre sicher mit einer wesentlichen Verminderung der Zufuhr zu rechnen gewesen. Der Herstellerpreis für Butter ist in allen Lübeck benachbarten Gebieten auf 4 Mk. für das Pfund festgesetzt worden.

Wegen Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreise hatte sich gestern der Landwirt Oldenburg in Israelsdorf vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte im Herbst 1917 an 27 Personen 583 Zentner Kartoffeln verkauft und sich für den Zentner 10,50 Mk. und 11 Mk. zahlen lassen, während der Höchstpreis auf 7 Mk. festgesetzt war. Auf diese Weise erzielte O., der selbst Mitglied der hiesigen Landwirtschaftskammer ist, für seine Kartoffeln einen Erlös von 6183,75 Mk., während er beim Höchstpreis nur 4081 Mk. bekommen hätte. Wegen dieser Höchstpreisüberschreitung wurde er in eine Geldstrafe von 4500 Mk. genommen. Er hat nun richterliche Entscheidung beantragt. Zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise gab O. an, daß er mit dem festgesetzten Höchstpreis nicht auskommen könnte, da er vorwiegend die besseren aber weniger ertragreichen Eierkartoffeln gebaut habe. Als er die Kartoffeln seinen Abnehmern zugesagt habe, hätte ein Höchstpreis noch nicht existiert und er habe nur einen angemessenen Preis gefordert. Eine Anzahl seiner Kunden, Oberlehrer, ein Geschäftsführer einer großen Druckerei, ein Hauptpastor usw. seien als „Selbstversorger" eingetragen und er hätte geglaubt, von ihnen den Preis nehmen zu können. Die Leute hätten ihn überlaufen und gesagt, was er haben müßte, wollten sie gern zahlen. Er hätte sich mit ihnen „geeinigt". Ein als Zeuge vernommener Oberlehrer, der 22 Zentner Kartoffeln als „Selbstversorger" von Oldenburg bezogen hat, sagt, er wäre der Meinung gewesen, ihm würden die Kartoffeln zum Höchstpreise geliefert; er hat aber den höheren Preis zahlen müssen. Vom Angeklagten war ihm geraten worden, als „Selbstversorger" auf den Quadratmeter 2 Pfund zu rechnen. Als Sachverständiger bekundet der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Lauenstein, daß der von dem Angeklagten genommene Preis ihm als ein angemessener und berechtigter erscheine. In Friedenszeiten seien für den Zentner Eierkartoffeln 10—12 Mark, für Magnumbonum 5 Mark gezahlt worden. Der Gewinn, den der Angeklagte auf seinen 5 Hektar Kartoffelland erzielt habe, sei nicht zu hoch, da das Ernteergebnis nur ein mäßiges sei. Wenn O. sich die Unlosten von den Selbstversorgern besonders berechnet hätte, dann hätte er klüger gehandelt und wäre zu dem gleichen oder einem besseren Ergebnis gekommen. Der Vertreter der Anklage machte darauf aufmerksam, daß der Sachverständige in der Preisprüfungsstelle den Höchstpreis doch selbst mit auf 7 Mk. festgesetzt habe. Lauenstein gab das zu, meinte aber, daß dabei nur allgemein an Durchschnittsspeisekartoffeln gedacht gewesen sei. Vom Angeklagten wurde noch zur Rechtfertigung seines Preises angeführt, daß ihm etwa 100 Zentner Kartoffeln vom Felde gestohlen seien. Als weitere Sachverständige schließen sich der Landwirt Henk und Oekonomierat Senglier dem Gutachten von Lauenstein an und erklären den geforderten und gezahlten Preis für angemessen. Das Urteil soll am nächsten Dienstag, mittags 12 Uhr, verkündet werden. — Es gehört leider zu den alltäglichen Erscheinungen, daß Landwirte die Kartoffelnot der städtischen Bevölkerung ausnützen und sich Preise zahlen lassen, die weit über die Höchstpreise hinausgehen. Sehr eigenartig berührt es jedoch, wenn nun vor Gericht Mitglieder der Landwirtschaftskammer als Sachverständige Höchstpreisüberschreitungen rechtfertigen, indem sie die höheren Preise als „angemessen" bezeichnen. Dabei war etwa die Hälfte der gelieferten Kartoffeln keine Eierkartoffeln, sondern Magnum bonum. Die Friedensjahre, wo man nach der Bekundung des Herrn Lauenstein 5 Mk. für den Zentner gewöhnliche Speisekartoffeln, also 10 Mk. pro Sack zahlte, gehören schon zu den ganz seltenen Ausnahmen; die Regel war höchstens die Hälfte dieses Preises.

Weihnachtsliebesgaben für Heer und Flotte. Man schreibt uns: Das Fest der Liebe rückt zum fünften Male während des Weltkrieges heran und erinnert uns an die Pflicht, die Angehörigen des Heeres und der Marine auch in diesem Jahre die getreue Fürsorge der Heimat zu den Festtagen erkennen zu lassen. Entsprechend dem Vorjahre haben sich die Vereine vom Roten Kreuz mit dem Ausschuß zur Sammlung von Liebesgaben für die Marine vereinigt um in einem gemeinsamen Aufruf die Sammlung von Geldmitteln und darnach die Vorbereitung für die Aussendung der Pakete an die Mannschaften einzuleiten. Es soll jeder Mann sein Weihnachtspaket erhalten. Nach der für ganz Deutschland getroffenen Verteilung entfallen bei der Aussendung auf Lübeck 25 000 Pakete, die etwa zu gleichen Teilen auf das Heer und die Marine entfallen. Bei der Schwierigkeit, Liebesgaben zu beschaffen, ist man auch in diesem Jahre darauf angewiesen, die Geschenksachen im großen einzukaufen und hat sich die öffentliche Sammlung im wesentlichen auf die Entgegennahme von Geldspenden zu erstrecken.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst macht im Reichsanzeiger bekannt, daß sie ihre Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 29. Juli 1918 für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Kohlrüben (Steckrüben, Wruken, Bodenkohlrabi, Erdkohlraben, Unterkohlraben) ausgedehnt hat. Die Kohlrüben werden nunmehr ebenso wie das bisher schon bewirtschaftete Gemüse behandelt werden, und insbesondere den Absatzbeschränkungen gemäß der vorgenannten Verordnung der Reichsstelle unterliegen. Der Erzeuger darf, wie hierbei wiederholt hervorgehoben sei, für sich behalten, was er im eigenen Haushalt verbrauchen oder im eigenen Betriebe verwenden will. Setzt er indes Kohlrüben ab, so bestimmt die Reichsstelle für Gemüse und Obst, wohin die Ware zu leiten ist.

Fürstentum Lübeck. Erhöhung der Milch- und Butterpreise. Der Regierungspräsident macht bekannt: Auf Grund der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch wird unter Aufhebung früher ergangener Bestimmungen folgendes bestimmt: 1. für den Kopf und den Tag darf höchstens ¾ Liter Magermilch oder Buttermilch verabfolgt werden; (Vollmilch darf nur an Kinder unter 6 Jahren in den gesetzlichen Grenzen und an Kranke auf Bezugscheine abgegeben werden.) 2. für unmittelbare an Verbraucher im Fürstentum Lübeck abgegebene Milch gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise: a) für Vollmilch 48 Pfg. für 1 Liter, b) für Mager- oder Buttermilch 24 Pfg. für 1 Liter. — Für Milchlieferungen in die Stadtgebiete Hamburg, Altona, Wandsbek, Lübeck und Kiel sind folgende Höchstpreise festgesetzt: 1. für Vollmilch, die aus einer Molkerei geliefert wird, 42 Pfg. für das Liter frei Verladestation; 2. für Mager- und Buttermilch 15 Pfg. für das Liter frei Verladestation. Die Molkereien sind berechtigt, für den Transport von der Molkerei bis zur Verladestation je Liter und Kilometer ½ Pfennig als Beihilfe für die Fuhrkosten in Rechnung zu stellen. — Die Höchstpreise für Butter (Handelsware I) werden wie folgt festgesetzt: a) Herstellungspreis 393 Mk. für 50 Kgr. ausschließlich Tonne, b) Kleinhandelspreis 4.20 Mk. für das Pfund. Als Kleinhandelspreis gilt der Verkauf auf Butterverbrauchsbuch. Der für den Weiterverkauf im Kleinhandel festgesetzte Höchstpreis gilt auch beim Verkauf durch den Hersteller, wenn er mit Zustimmung des Kommunalverbandes Butter in Mengen von nicht mehr als 5 Kgr. unmittelbar an den Verbraucher abgibt. Diese Höchstpreisfestsetzungen treten am 1. November 1918 in Kraft. — Eine Begründung dieser erneuten Verteuerung unentbehrlicher Lebensmittel wird nicht gegeben. Man glaubt wohl, daß die Bevölkerung bereits so an eine dauernde Steigerung aller Preise gewöhnt ist, daß man ihr auch diese neue Belastungsprobe zumuten darf. Aber die Erbitterung, die man erzeugt, frißt an der Stimmung und Widerstandskraft des Volkes, das sollte man nicht vergessen!

w. **Mölln.** Achtung, Wähler! Nach einer Bekanntmachung des Magistrats findet am 15. ds. Mts. von vormittags 10—1 Uhr für den aus dem Stadtverordnetenkollegium ausscheidenden Stadtverordneten J. Botke eine Neuwahl statt. Die Wählerliste liegt vom 1. November auf dem Polizeibureau aus. Es ist Pflicht der Wähler, hauptsächlich der Arbeiterwähler, sich zu überzeugen, ob sie in der Wählerliste stehen, deshalb: Seht die Wählerlisten ein!

Hamburg. Ein Großfeuer vernichtete gestern den Dachstuhl und das Obergeschoß der Küperei von Ehning in der Hospitalstraße. — Auch in der Fischverwertungsanstalt von Pallasch in Eidelstedt richtete in der Nacht zum Donnerstag ein Großfeuer erheblichen Schaden an.

Hamburg. Die Errichtung eines Arbeitsamtes beantragt der Senat bei der Bürgerschaft. Bis zur Beschlußfassung über seine endgültige Gestaltung übernimmt das Kriegsversorgungsamt dessen Tätigkeit. Für Erfüllung seiner Aufgaben wird ein Betrag von 3 Millionen Mark gefordert. In der Vorlage wird gesagt: Durch die Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und die künftige Demobilmachung des Heeres wird die Verwaltung vor Aufgaben gestellt, deren Lösung um so größeren Schwierigkeiten begegnen dürfte, je schneller der Uebergang sich vollzieht. Insbesondere werden alsdann große Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkte eintreten, und es wird namentlich für die zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen in mancherlei Hinsicht umfangreiche Vorsorge zu treffen sein. Als nächstliegende Aufgaben ergeben sich hier die Förderung von Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung sowie die Organisation der Erwerbslosenunterstützung; daneben kommt auch eine sachgemäße Beratung der heimkehrenden Krieger mit Bezug auf ihre Rückkehr in das wirtschaftliche Leben in Frage. . . Zur Leitung der laufenden Geschäfte des Amtes sowie der zu bildenden Abteilungen werden sozial geschulte und erfahrene Persönlichkeiten zu berufen, für die Abteilungen geeignetenfalls auch Fachausschüsse auf paritätischer Grundlage zu bilden sein. Im übrigen empfiehlt es sich, dem Arbeitsamt vorerst eine möglichst lose Organisation zu geben, schon weil nicht zu übersehen ist, ob etwa das Reich die Schaffung bestimmter Einrichtungen für einzelne Zweige vorschreiben wird. — Wie wir erfahren, wird auch die sozialdemokratische Fraktion der Lübecker Bürgerschaft die Errichtung eines Arbeitsamtes in Lübeck beantragen.

Preetz. Einigkeit führt zum Sieg! Bei der Stadtverordnetenwahl am Mittwoch siegten die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei mit 71 Stimmen Mehrheit. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten: Tischbein 100, Röhling 100,

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine großen Angriffe wieder aufgenommen. Zwischen holländischer Grenze und Deinze stießen Belgier und Franzosen gegen die Lysfront, in besonderem gegen unsere Brückenkopfstellung auf dem Westufer des Flusses vor. Beiderseits von Zomergen nahmen wir die vorübergehend verloren gegangenen Brückenköpfe im Gegenangriffe wieder. An der übrigen Front wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die Res.-Inf.-Regt. 57 und 59 zeichneten sich bei diesen Kämpfen besonders aus. Den Hauptangriff führten Engländer und Franzosen zwischen Deinze und der Schelde. Südlich von Deinze, bei Zelle und Anseghem drang der Gegner in unsere Linien ein. Südlich von Deinze warfen Bataillone der 2. Garde-Inf.-Division im Verein mit dem Füsilier-Regiment 80 den über die Straße Deinze-Kruishoutem vorstoßenden Gegner wieder zurück. Beiderseits von Anserghem brachten rückwärtige Kampftruppen den Feind vor unserer Artillerie zum Stehen. Die nördlich der Bahn Kortryk-Oudenaarde kämpfenden Truppen, die den Feind vor ihren Linien abwehrten, wurden im Laufe des Tages zur Wahrung des Anschlusses an ihre Nachbarn auf die Höhe beiderseits von Lokere zurückgenommen. Die Kämpfe fanden am Abend ihren Abschluß westlich der Straße Deinze-Kortryk und auf den Höhen in Linie Lokere-Kerkhove, somit 1—3 Kilometer östlich unserer alten vordersten Postenlinie.

In der Scheldeniederung dauert die Zerstörung der Ortschaften durch den Gegner an. Die Städte Tournai, Valenciennes und Peruwelz liegen unter englischem Feuer.

Beiderseits von Le Quesloi und Landrecies rege Artillerie- und Erkundertätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf den Aisne-Höhen, nordwestlich von Chateau-Porcien nahm der Artilleriekampf gewaltige Stärke an. Mit frischen Kräften setzte der Feind seine starken Angriffe nordwestlich von Herby fort. Sie sind wiederum unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Das mecklenburgische Grenadier-Regiment 89, das hanseatische Inf.-Reg. 75, die Regimenter 230 und 231 der 50. Res.-Division trugen die Hauptlast des Krieges und wehrten, von ihrer Artillerie wirksam unterstützt, die feindlichen Angriffe restlos ab. Das Garde-Kürassier-Reg. und die Husaren-Regimenter 8 und 11 haben sich in den letzten Tagen hier wiederum besonders bewährt.

Heeresgruppe Gallwitz.

Auf dem Ostufer der Maas tagsüber lebhafte Artillerietätigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Truppen wurden auf das nördliche Donauufer beiderseits von Belgrad und Semendria zurückgenommen. Der Uebergang über die Donau ging ohne Störung durch den Gegner vonstatten.

Der Erste Generalquartiermeister.
v. Gröner.

Die Sicherheit der Kriegsanleihe

beruht auf dem gewaltigen deutschen Volksvermögen, den deutschen Bodenschätzen und der in den Stürmen des Krieges bewährten und gestählten Arbeitsamkeit, Anpassungsfähigkeit und Sparsamkeit des deutschen Volkes.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

Brodhagen 187 Stimmen, während auf die bürgerlichen Kandidaten entfielen: Auf Wrigge und Först je 116, auf Pries 115 Stimmen. Mit 71 Stimmen Mehrheit im Durchschnitt sind daher die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Die Beteiligung kann angesichts des Umstandes, daß eine sehr große Zahl zum Heeresdienste eingezogen ist, eine gute genannt werden. Der Erfolg der Sozialdemokratischen Partei beweist aber auch, daß wir überall dort siegen werden, wo die nötige Einsicht und Einigkeit vorhanden ist.

Kiel. Der Fortschritt dauert an. Nach längerer Zeit des Stillstandes hat die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" einen sprunghaften Aufschwung genommen. Ihre Abonnentenzahl hat sich im Monat Oktober um 2000 vermehrt, und der Straßenverkauf ist so umfangreich wie nie zuvor.

Lüneburg. Hinrichtung. Der am 8. Mai 1870 in Russisch-Polen geborene, zuletzt in Steinförde wohnhafte Schlosser Johann Thalel wurde Mittwoch früh um 7 Uhr auf dem Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses durch den Scharfrichter Karl Gröpler aus Magdeburg vermittelst Fallschwertmaschine hingerichtet. Er hatte den Gemeindevorsteher Höfener in Steinförde und den Polizeisergeanten Wachewink in Celle erschossen und auf einen Landsturmmann, der bei seiner Verhaftung mitwirkte, einen Schuß abgegeben. Das Schwurgericht in Lüneburg hatte ihn deshalb zweimal zum Tode, zu 10 Jahren Zuchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Auf seinem letzten Gang benahm sich der Verurteilte fest und offensichtlich reuevoll.

Emden. Als Täter des Doppelraubmordes in Twixlum wurde in Norden (Ostfriesland) der auf Urlaub befindliche Musketier J. Irrgang aus Esel bei Norden vom Infanterie-Regiment 78 durch den Oberwachtmeister Peschke aus Aurich verhaftet. Der Mörder hat das geraubte Geld in Norden in leichtsinniger Weise vergeudet. Er ist geständig.

Bremen. Die Bürgerschaft hatte Mittwoch wieder über die Aussetzung von 25 Millionen Mark für Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zu beschließen. Die Summe wurde nach längerer Erörterung bewilligt. Zugleich wurden verschiedene Anträge, in denen die in der Debatte vorgebrachten Wünsche ihren Ausdruck gefunden hatten, angenommen. In einem dieser Anträge ersucht die Bürgerschaft den Senat um schleunigste Berichterstattung durch die Kriegsdeputation darüber, welche Maßnahmen gegen eine bei Kriegsende infolge Arbeitslosigkeit entstehende Notlage vorzunehmen seien. Ein anderer Antrag fordert die Bereitstellung einer Summe, aus der nach Friedensschluß den Arbeitslosen eine angemessene Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden könne. Es wurde vom Rechnungsführer der Lebensmitteldeputation zugesagt, daß der vielfach in der Bürgerschaft geäußerte Wunsch, den Pensionären und den Witwen von Beamten möchten auch ohne den Nachweis der Bedürftigkeit Teuerungszulagen gewährt werden, nochmals in Erwägung gezogen werden soll. Der Gesetzentwurf über die Wahlreform in der Bürgerschaft wurde der vorgerückten Stunde wegen zurückgestellt. Der Gesetzentwurf über das Wahlrecht zur Bürgerschaft sieht die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen nicht vor. Der Frauenstadtbund, dem sämtliche bremischen Frauenvereine angehören, hat daher von neuem eine Eingabe an die Bürgerschaft gerichtet, in der er um die Verleihung des Bürgerrechts an die Frauen und damit die Ausdehnung des Wahlrechts auf sie petioniert.

Aus der Partei.

Als erster Sozialdemokrat wurde der Optiker Genosse Emil Haendrich als unbesoldeter Stadtrat in den Jenaer Gemeinderat gewählt.

Neueste Nachrichten.

Die Lage in Budapest.

Berlin, 1. November. Der „Berl. Lokal-Anz." berichtet aus Budapest: Die Uebernahme der ungarischen Regierung durch den Grafen Michael Karolyi, der Präsident des Nationalrates geworden ist, scheint sich nicht ohne Ruhestörungen vollzogen zu haben. Soviel ist jedenfalls bekannt geworden, daß es an verschiedenen Stellen der Stadt Budapest zu blutigen Zusammenstößen zwischen ungarischen und bosnischen Truppen gekommen ist. Von beiden Seiten wurde geschossen. In den Nachmittagsstunden schien Graf Karolyi Herr der Lage zu sein.

Auch Bulgarien Republik?

Berlin, 1. November. Privatmeldungen, die aus Kiew hier eintrafen, besagen: Am 25. Oktober wurde in Gegenwart einer zahlreichen Menge in Tirnowa, der alten Hauptstadt des Landes, die bulgarische Volksrepublik erklärt. König Boris hat auf den Thron verzichtet. An die Spitze des Staates hat sich ein Regentschaftsrat gestellt. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Führers der Bauernpartei, Stambulinski. Ein Heer von 4000 Mann hat sich zu ihm geschlagen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
betreffend Höchstpreise für Milch.

Auf Grund des § 8 der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 verordnet das Polizeiamt hiermit unter Aufhebung der früheren Höchstpreis-Festsetzung für Milch:

§ 1.

Der Höchstpreis beim Verkauf durch den Milcherzeuger (Kuhhalter) beträgt für Vollmilch 38 Pfg., für Magermilch 16 Pfg. für das Liter frei Bahnwagen der Verladestelle oder, wenn keine Bahnsendung stattfindet, frei Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungsort.

Der Milcherzeuger-Höchstpreis gilt nicht für den Verkauf unmittelbar an den Verbraucher, ebenso nicht für satzungsmäßige Lieferung von Milch durch Mitglieder gewerblicher Molkereien an diese, sofern sie in der Form von Genossenschafts-Molkereien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften betrieben werden, ferner nicht für Rücklieferung von Magermilch seitens gewerblicher Molkereien an die Milcherzeuger und endlich nicht für besonders gewonnene oder bearbeitete Kinder- oder Krankenmilch.

§ 2.

Der Höchstpreis beim Verkauf an den Verbraucher beträgt 48 Pfg. für das Liter Vollmilch und 28 Pfg. für das Liter Magermilch.

§ 3.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 2. November 1918 in Kraft.

Lübeck, den 1. November 1918. (5381

Das Polizeiamt

Bestimmungen über den Bezug von Vollmilch zu ermäßigtem Preise.

I. Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 3000.— Mk. oder welche zur Einkommensteuer nicht veranlagt sind, erhalten für jedes vollmilchberechtigte Mitglied ihres Haushalts auf Antrag eine Beihilfe von 11 Pfennig für das ½ Liter Vollmilch.

II. Anträge auf diese Beihilfe sind im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe, Königstraße 13 I, unter Vorlegung **des Steuerzettels oder einer Bescheinigung des Steueramtes, daß der Antragsteller zur Einkommensteuer nicht veranlagt ist, sowie unter Vorlegung des zum Bezuge der Vollmilch berechtigenden Ausweises** zu stellen. Die Beihilfe wird durch Ausgabe von Ausweiskarten mit daranhängenden Gutscheinen, jedoch für nicht mehr als bis zu ½ Liter täglich für jeden Bezugsberechtigten gewährt.

III. Die Gutscheine sind von der Ausweiskarte durch den Milchverkäufer selbst und nur gegen Lieferung der entsprechenden Milchmenge abzutrennen. Lose Abschnitte sind ungültig. Die Gutscheine werden den Milchhändlern im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe eingelöst.

IV. Die Ausweiskarten und die Gutscheine sind nicht übertragbar. Auch darf Milch, die auf diese Karten bezogen wird, nur im eigenen Haushalt verbraucht werden.

V. Die Aushändigung einer neuen Karte findet **nur gegen Rückgabe des Kopfes der alten Karte und gegen den Nachweis, daß die Voraussetzungen unter I andauern,** statt.

VI. Bezieher von Milch auf Milchkarten anderer Unterstützungsvereinigungen haben keinen Anspruch auf den Bezug von Milch zum ermäßigten Preise auf Grund dieser Bestimmungen.

VII. **Die Ausgabe der neuen Ausweiskarten erfolgt vom Dienstag, dem 5. November ab in der Geschäftsstelle des Ausschusses für Kriegshilfe, Königstraße 13 I.**

Lübeck, den 1. November 1918.

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Vom 1. November an findet die
Annahme der Obstkerne,
St. Annenstr. 1, nur noch einmal wöchentlich: **Freitag** nachmittag von 4—6 Uhr statt. (5383

Bekanntmachung
betreffend Höchstpreise für Butter.

Auf Grund der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Preise für Butter vom 25. August 1917 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 31. August 1918 verordnet das Polizeiamt unter Aufhebung der früheren Höchstpreis-Festsetzungen für Butter:

§ 1.

Der Herstellerpreis für Butter, Handelsware I wird auf Mk. 4.— für das Pfund festgesetzt.

§ 2.

Der Verkaufspreis für Butter beim Verkauf an den Verbraucher wird künftig bei jeder Ausgabe für Butter an die Bevölkerung bekannt gegeben werden. Dieser Preis gilt dann bis zur nächsten Bekanntmachung allgemein als Höchstpreis für den Verkauf von Butter an den Verbraucher.

§ 3.

Der für den Butterverkauf im Kleinhandel festgesetzte Höchstpreis gilt auch beim Verkauf durch den Hersteller, wenn er mit Zustimmung des Kommunalverbandes Butter in Mengen von nicht mehr als 5 kg unmittelbar an den Verbraucher abgibt.

§ 4.

Die im § 1 und auf Grund des § 2 festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 2. November 1918 in Kraft.

Lübeck, den 1. November 1918. (5380

Das Polizeiamt.

Verkauf lebender Gänse.

Am Sonnabend, dem 2. November von 9 Uhr vormittags ab findet auf dem Schlachthofe ein Verkauf lebender ukrainischer Gänse gegen Barzahlung statt. Preis je nach Größe Mk. 36.— bis Mk. 40.— das Stück. Wegen Seuchengefahr müssen die Gänse sofort geschlachtet werden. Auf Wunsch wird das Schlachten im Schlachthof vorgenommen. Gefäße für das Blut sind mitzubringen. Der Verkauf findet nur an hiesige Einwohner statt, die den Lebensmittelausweis vorlegen müssen.

Lübeck, den 1. November 1918. (5382

Der Ernährungsausschuß.
Kommission des Senats
für die Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln.
J. A.: Anderberg.

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die erschütternde Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, meiner beiden Kinder treusorgender Vater, unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Enkel, der Telegraphist

Rudolf Westphal

im blühenden Alter von 25 Jahren dem grausamen Weltkriege zum Opfer gefallen ist. (5374

In tiefem Schmerz die tiefgebeugte Gattin
Berta Westphal geb. **Klatt und Kinder.**
Rudolf Westphal, zurz. i. Felde, **u. Frau u. Kindern.**
W. Klatt und Frau nebst Kindern u. Großeltern.
Moisling, Schlutup.

Ruhe sanft, geliebtes Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz.

Gesucht zu Ostern (5376
ein Schmiedelehrling.
C. Blohm, Güster
bei Roseburg in Lbg.

Zu kaufen gesucht ein **2—3-Familienhaus** in der Nähe der Schwartauer Allee. Ang. unter **G L 31** an die Exp. (5378

FETTE
für Stiefel sollten jetzt in keinem Haushalt fehlen. Wöchentliche Schmierung garantiert 3fache Haltbarkeit. Garantiert gute säurefreie Fette preiswert bei
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung.
5372

Am Donnerstag morgen 8¼ Uhr starb nach kurzem sehr schwerem Leiden unser liebes, sonniges Kind (5379

Friederike

im blühenden Alter von 16 Jahren. In tiefer Trauer
Wilhelm. Schlichting Wwe., Grete, Berta, Karl Schlichting, Johannisstr. 58.

Beerdigung am Dienstag nachmittag 4¼ Uhr v. d. Kapelle d. Barwerk Friedh.

Achtung, Friseure!
Männerschnitthaar p. Kilo **3.—** Mk. kauft
Albert Schütt, Lübeck,
5366) Königstr. 62 part.

Alte Schmucksachen, alte Gebisse, Löffel, alte Münzen, Brillanten, alte Uhren
werden zu h. Preisen gekauft.
Goldschm. Johs. Tollgreve,
92 Königstraße 92. (5368

Diejenigen, die noch **Schuhzeug** bei dem verstorbenen Herrn **Dunkelmann** haben, werden gebeten, sich die Sachen vom **Freitag bis Sonnabend** gegen Ausweis **Fackenburger Allee 48** abzuholen. (5373

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (5367

Weihnachtsaufträge auf
Vergrößerungen 5377
erbitte bis spätestens 15. Novbr.
Warnke, Kunstmaler,
gr. Bauhof II, Nähe Dom.
Erstkl. konkurrenzloses Spezial-Atelier für Vergröß. am Platze.
Gegründet 1904.
Geschäftszeit nachm. ab 2 Uhr.

J. H. Pein 5305
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungsringe
5364) **Willi Westfehling**
32 Holstenstrasse 32

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

E.-K.-Diele. 5370
Gemütlicher Frühstücks-, Nachmitt.- u. Abendschoppen.

Hansa-Theater.
Freitag abend 7 Uhr:
Polenblut.
Sonnabend zum ersten Male:
Hanni geht tanzen.
Operette von Edmund Eißler.
Sonntag abend 7 Uhr: **Hanni geht tanzen.** 5371
Nachm. 3 Uhr: **Struwelpeter.**
Märchen von C. A. Görner.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 5375
Freitag, den 1. November
Martha.
Oper in 4 Akten von Fr. von Flotow.
Anfang 7 Uhr
5. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 2. November
Rose von Stambul.
Operette in drei Akten von Leo Fall.
Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 3. November
Vormittags 11 Uhr im Stadttheater
Matinee Frank Wedekind.
Zu dieser Matinee haben die Abonnenten der Schauspielgemeinde (**grüne Karten**) Vorkaufsrecht bis Freitag abend. Sonnabend für jedermann.
Preise der Plätze: I. Rang, Log., Sperrsitz, I. und II. Parkett u. Sitzparterre 1.— Mk., II. und III. Rang 50 Pf.
Eintrittskarten sind an der Theaterkasse zu haben.
Abends 7 Uhr
Mignon.
Oper in 3 Akten v. A. Thomas.
Montag, den 4. November
Volkstümliches Konzert
Anfang 7½ Uhr.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herren Wäsche,
Krawatten Unterzeuge
Hüte Stürme etc.

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal :: empfehlenswerte Geschäfte :: Zur gefl. Beachtung empfohlen

Brauereien
Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorzugt.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 112 Telephon 567
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Eisenhandlungen
Adolf Heinrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Fleisch- und Wurstwaren
Ochsen- u. Schweineschlächterei
Julius Schober
feinste Wurstwaren
Große Burgstr. 55

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere G. m. b. H.
liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 64
Sohlenschnitt, Bedarfsartikel
Pelz-Gerberei
Heinr. Schlüter Glandorpstraße 7 Sohlledermaschinen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Mühlen
Mews Mühle, Mühlenfabrikate

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Nr. 257
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 1. November 1918

Ein Hauptschuldiger.

Wenn man jetzt dabei ist, die Verantwortlichen zu suchen, die es verschulden, daß Deutschland nicht rechtzeitig Frieden schloß, so möge man einen Hauptschuldigen nicht übersehen: die Zensur. Unter den Faktoren, die zur Niederlage geführt haben, steht sie in erster Reihe.

Ohne die Zensur wäre es nicht möglich gewesen, einen großen Teil unseres Volkes in die Wahnvorstellungen hineinzutreiben, die sich jetzt so bitter rächen. Ohne die Zensur wäre nicht die Stimme der kühlen, rechnenden Vernunft von dem fanatischen Rufen phantastischen Begehrens übertönt worden.

Was war das Wesen der Zensur? Ueber Sieg und Siegesaussichten durfte jeder schreiben, was er wollte, auch das Unsinnigste stand frei. In zwei Monaten würden sämtliche Feinde zu Boden geschlagen sein und winselnd um Gnade bitten, wir würden Amerika und Japan unsere Friedensbedingungen aufzwingen, — das durfte geschrieben werden. Aber darauf antworten, solche unsinnigen Vorstellungen zurückweisen, das war mit tausend Fesseln erschwert.

Wir fragen: Wenn ein klarblickender Geist im Jahre 1916 oder 1917 die heutige Katastrophe voraussah, wie konnte er damals warnen, auf welche Weise sich verständlich machen, wie den Rat erteilen, den Krieg zu liquidieren, ehe schwerste Rückschläge dazu zwingen würden? Ein Hohngebrüll hätte sich um diesen „Miesmacher" und „Flaumacher" — es existiert ein ganzes Lexikon solcher Ehrennamen — erhoben, man hätte am Tage tausend Argumente gegen ihn ausgepackt, aber er hätte auch nicht auf eines mit Deutlichkeit erwidern, es sachlich widerlegen können.

Es hat keiner vorausgesehen? — Warum haben denn alldeutsche Blätter im Jahre 1917 soviel über den „nervösen Zusammenbruch" der Reichstagsmehrheit gespottet?! Vielleicht hat man damals im Reichstag doch ein Gefühl für wenigstens einen Teil dessen gehabt, was kommen würde. Aber was dort in geheimen Beratungen an Besorgnissen zum Ausbruch kam — die Presse konnte es vor dem breiten Publikum nicht äußern.

Der U-Boot-Krieg! Alles, was nicht eingetroffen ist, durfte in sattesten Farben ausgemalt werden. Nur das, was wirklich kam, durfte niemand prophezeien. Wer England in drei Monaten aushungerte, war der Liebling der Zensur, aber wer sich nicht ganz blind stellte gegen die Kraft des amerikanischen Hundertmillionenvolkes, der wurde als Feind des Vaterlandes verfolgt.

Seien wir milde. Die Zensur hat die Wahrheit nicht wissentlich unterdrückt. Sie hat sie vielleicht nicht gekannt. Aber sie hatte halt ein alldeutsch-militärisches Begriffsvermögen, mittels dessen sie konsequent die Wahrheit für falsch und das Falsche für wahr ansah. Und im Effekt ist das genau so gefährlich, als wenn die Wahrheit wissentlich unterdrückt wird. Nur unter Zensoren von göttlicher Allwissenheit und Einsicht kann die Zensur Nutzen stiften. Solange sie in der Hand von Menschen liegt, bleibt sie ein Instrument schändlichster Selbstverblendung.

Wir brechen ab. Es wäre vielleicht von höchstem Interesse, zu prüfen, ob nicht auch gerade jetzt wieder die öffentliche Diskussion einer gewissen Frage zur höchsten Unzeit ausgeschaltet wird, von deren wichtiger Lösung unendlich viel beim Friedensschluß abhängt. Aber das Publikum ist leider viel zu wenig darüber unterrichtet, daß — nun sagen wir — daß die Abdankung des Ueberlebten Voraussetzung für den Aufbau des Neuen ist.

Aber nicht Zukünftiges — Vergangenes sollte hier betrachtet werden. Wir können heute die Kriegsgeschichte hinreichend übersehen, um das Urteil zu fällen: Zu den Dingen, die uns im Verlauf des Krieges am meisten geschadet haben, gehört unstreitig die Zensur. Ihre guten Absichten braucht man nicht zu verkennen. Aber ihre schädlichen Folgen werden dadurch nicht um ein Gramm aufgewogen. Sie erst hat eine verfehlte Kriegspolitik ermöglicht, sie hat diese verfehlte Politik gegen Angriffe geschützt und eine rechtzeitige Abkehr von ihr verhindert. So trägt sie ein reiches Maß der Mitschuld an den jetzigen Zuständen, und auf dem Schrank, in dem die Zensuredikte aufgehoben werden, sollte zur Warnung künftiger Generationen die Aufschrift stehen: Die Zensur hat Deutschland mit zur Niederlage geführt!

Zentrale für Heimatdienst und Leipziger Enthüllungen.

Die sogenannte Heimstätteraufklärung lag bisher ganz in den Händen der Militärs und wurde dementsprechend oft allerdings gemißbraucht. Die neue Regierung, welche die Zensur und das Versammlungswesen dem Staatssekretär Gröber, das Kriegspressearmt dem Staatssekretär Erzberger unterstellt hat, hat diesem letzteren auch die Zentrale für Heimatdienst untergeordnet. Man sollte meinen, daß vom demokratischen Standpunkte aus dies nur zu billigen wäre. Aber die „Leipziger Volkszeitung" schmiedet daraus einen großen Enthüllungsartikel gegen die Sozialdemokraten in der Regierung.

In diesen Tagen hat ein unabhängiges Blatt, der „Gothaer Generalanzeiger", geschrieben: „So ohne Kampf wird Deutschland seine freiheitliche Verfassung nicht behalten. Die schwarzen Wühler sind an der Arbeit." Die neue Zentrale für Heimatdienst hat nun an die Abgeordneten der Mehrheitsparteien die Aufforderung gerichtet, öffentliche Volksversammlungen zu veranstalten, um möglichst dem ganzen deutschen Volke die Tragweite der Tatsache ins Bewußtsein zu hämmern: „Vom Oktober 1918 an regiert das deutsche Volk sich selbst." Kann es selbst in den Augen der Unabhängigen ein Verbrechen sein, das deutsche Volk über die Tragweite der neuen demokratischen Reformen aufklären zu wollen?

Die „L. V." schwindelt zu den an sich durchaus unverfälschten Tatsachen allerlei hinzu, um an eine große nationalistische Verschwörung glauben zu machen. So soll man für die Kundgebungen solche Städte ausgesucht haben, in denen man eine Störung der patriotischen Kundgebungen durch die Unabhängige Sozialdemokratie nicht zu befürchten brauche. Dabei sind für die Versammlungen Städte wie Berlin, Danzig, Königsberg, Nürnberg und Stettin in Aussicht genommen. Die Sozialdemokraten sollen angeblich an Orten mit starker unabhängiger Opposition die Einladung nicht mitunterschreiben wollen, sondern ihre Anhänger in aller Stille in die Versammlung dirigieren. Der wahre Kern daran ist, daß in einer Beiratssitzung dieses Amtes der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller erklärt hat, die Sozialdemokratie erhebe keinen grundsätzlichen Einspruch gegen gemeinsame Versammlungen; aber jede Partei betrachte die Mehrheitspolitik von anderen Gesichtspunkten aus, und auch das müsse zum Ausdruck kommen. In der Arbeiterklasse bestünden Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der Regierung, besonders durch die Agitation der Unabhängigen; es habe keinen Zweck, diese Meinungsverschiedenheiten vor einem bürgerlichen Publikum auszufechten. Von diesem Gedanken aus hat die Sozialdemokratie an einigen Orten gemeinsamen Kundgebungen zugestimmt, an anderen Orten ist sie selbständig vorgegangen. Grundsätzlich abgelehnt wurde das Zusammenarbeiten mit Ausschüssen, in denen konservative und alldeutsche Mandate vertreten sind, auch dann, wenn diese sich Fortschrittler nennen, wie etwa in Bremen.

Das ganze Vorgehen der Partei in dieser Frage liegt durchaus offen und entspricht ihrer Gesamtpolitik. Die „L. V." wird gegen die Politik der Sozialdemokratie schon bessere und ernstere Gründe suchen müssen, als ihre kindischen „Enthüllungen" über den Heimatdienst.

Eingabe der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

An den Reichstag, Berlin.

zu den Gesetzen, betreffend:
1. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
2. Die Verhinderung der Geburten.
3. Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung.

Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wenden sich an den Reichstag, um in letzter Stunde noch einmal Einspruch gegen die beiden letztgenannten Gesetzentwürfe, besonders gegen den Entwurf gegen die Verhinderung der Geburten zu erheben, von deren Inkrafttreten sie schwerste Schädigung der gesamten Frauenwelt, vorwiegend aber der Frauen der besitzlosen Klassen befürchten. Wohl erkennen auch sie an, daß dem Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte, der sich durch die Männerverluste der Kriegszeit noch steigern dürfte, mit allen erfolgversprechenden Mitteln begegnet werden muß.

Aus dem Grunde ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Form, in der es die 16. Reichstagskommission geschaffen hat, als Fortschritt zu begrüßen. Doch fehlt darin unserer Auffassung nach die zwangsweise Anwendung gesundheitlicher Maßnahmen bei allen geschlechtskranken Menschen. Zudem sei in diesem Zusammenhang nochmals im Interesse der Volksmoral und -gesundheit auf die Notwendigkeit der Aufhebung der Reglementierung der Prostitution hingewiesen, durch die eine Schicht von Frauen unter ein Ausnahmegesetz gestellt wird, im Gegensatz zu den die Gesundheit in gleichem Maße bedrohenden Männern, die sich der Prostitution bedienen.

Das Gesetz gegen die Verhinderung der Geburten will durch Verbot der Herstellung, der Einfuhr und des Verkaufs der empfängnisverhütenden Mittel es den Frauen unmöglich machen, der Empfängnis vorzubeugen.

Auch wir sind der Meinung, daß dieses Verbot aus hygienischen Gründen berechtigt ist, soweit es sich auf die Herstellung, Einführung und den Vertrieb solcher Mittel bezieht, die nach dem Urteil ärztlicher Autoritäten gesundheitsschädigend wirken. Abgesehen aber davon muß unbedingt jeder Frau das Recht zustehen, eine Empfängnis zu verhüten, wenn schwerwiegende Gründe gesundheitlicher, sittlicher oder wirtschaftlicher Natur dafür sprechen.

Zu dicht aufeinander folgende Geburten begünstigen die Lebensschwachheit, Rhachitis und andere Krankheiten und fördern die Kindersterblichkeit. Sie wirken degenerierend und für die Zukunft volksvermindernd. Sowohl im Interesse der Gesundheit der Frauen wie einer gesunden Nachkommenschaft ist es wünschenswert, daß jede Frau die Möglichkeit hat, sich eine gewisse Zeit nach der Geburt eines Kindes vor einer neuen Empfängnis zu schützen.

Große Geburtenziffern gehen parallel mit großer Kindersterblichkeit. Die größte Sterblichkeit aber ist in den dichtbevölkerten Arbeitervierteln zu finden. Dort sind es wieder die kinderreichsten Familien, in denen der Tod die meisten Opfer fordert. Zugleich ist hier der beste Nährboden für allerlei Krankheiten, z. B. Rhachitis, wodurch viele Mädchen gebäruntüchtig werden.

Die Scheu vor der schwierigen Geburt spielt bei der Schwangerschaftsverhütung und -unterbrechung ebenfalls eine Rolle. Tatsächlich sind nach Dr. M. Hirsch die das Leben und die Gesundheit der Frauen gefährdenden Geburten in der Zunahme begriffen.

Die Furcht vor kranker oder elender Nachkommenschaft veranlaßt viele Menschen zur Verhinderung der Empfängnis oder zur Abtreibung der Schwangerschaft. Syphilis der Ehegatten, Trunksucht, Tuberkulose oder Epilepsie auf der einen Seite rechtfertigen es, wenn auf Nachkommenschaft verzichtet wird. Hier ist es ganz besonders hart für die Frauen, wenn die Einsicht auf ihrer Seite ist, daß sie durch das Gesetz der Willkür der kranken Männer ausgesetzt sind.

Die weitausgedehnte Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen, die ihren Ursprung in der wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands hat, ist einer starken Volksvermehrung ebenfalls nicht günstig. Die Befreiung der Mütter von der Erwerbsarbeit, mindestens drei Monate vor und sechs Monate nach der Entbindung durch eine Reichsversicherung, eine Elternschaftsversicherung, die den minderbemittelten Volkskreisen die Furcht vor der Familienvergrößerung nehmen würde, ein besonderer gewerblicher Schutz junger, in der körperlichen Entwickelung begriffener Mädchen, kurze Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen, Verbot aller für den weiblichen Organismus zu schweren Arbeiten, sowie Verbot der Arbeit in allen Betrieben, in welchen Giftstoffe, die den weiblichen Organismus oder die werdende Frucht schädigen, benutzt oder hergestellt werden, wären u. a. geeignete Maßnahmen zugunsten der Geburtenvermehrung.

Unsicherheit der Existenz, wirtschaftlicher Notstand, damit verbunden schon vorhandener oder durch Vermehrung der Familie drohender Mangel an Nahrung, Kleidung und Wohnung schaffen den Willen zur Verhinderung der Geburten in sehr vielen Familien. Eine reichsgesetzliche Arbeitslosenfürsorge, dem Einkommen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschichten entsprechende Preise für Lebensmittel und Ge-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

40. Fortsetzung.

Es handelte sich um die Gesellschaft, von deren Aktien Frau von Marisch einen Teil in ihrem Besitz hatte, die zurzeit freilich bankerott war, deren Patente — sie verwerteten ein neues Verfahren, Metallfädenlampen herzustellen — aber gerade deshalb für einen Pappenstiel zu haben waren.

Reisner hatte sich im Handumdrehen die nötigen Unterlagen und Belege verschafft und die Lage und die etwaigen Zukunftsmöglichkeiten der Gesellschaft genau studiert. Die Sache war, wie er meinte, gut und sie hatte sich nur deshalb nicht durchsetzen können, weil sie, die im großen Stil begonnen worden war, doch mit zu geringen Mitteln unternommen war, so daß man schließlich auf halbem Wege hatte stehen bleiben müssen.

Reisner sprach überzeugend, weil er an die Reellität und an ein Prosperieren des Unternehmens glaubte. Er gewann auch Frau von Marisch für die Sache, deren scheinbares Sich-sträuben nur ein Spiel war, das ihn nicht täuschte.

„Warum gehen Sie nicht Ihre Frau um das Geld an, das Sie brauchen?" fragte sie. „Ihre Frau ist reich."

„Weil ich mit meiner Frau grundsätzlich nicht in Geschäften verwickelt werden möchte," antwortete er der Wahrheit gemäß. „Es ist eine Marotte von mir, sonst nichts."

„Und Ihr Glaube, daß Ihnen die Frauen bei Geschäften Unglück bringen müssen, — wo bleibt der?"

„Das ist nebenbei," sagte er ernst. „Die eine Frau, die ich gewonnen habe, hat mich mit allen anderen versöhnt, an die ich nun glaube."

„Es ist bitter, was Sie mir da sagen, und recht wenig galant . . ."

„Aber es ist die Wahrheit, und will Sie nicht belügen."

„Lieben Sie Ihre Frau?"

„Ja."

„Und doch —?"

Er unterbrach sie rasch. „Sie müssen Dinge, die leicht gemeint sind, auch leicht auffassen . . . Kränkt es Sie, wenn ich Ihnen sage, daß Sie mich reizen, während ich meine Frau liebe?"

Sie sah ihn prüfend an, als erwäge sie, ob es möglich sein würde, gegen die Frau, die er zu lieben vorgab, mit Erfolg anzukämpfen. „Ich muß mich damit zufrieden geben," sagte sie sodann. „Es ist mein Los, von Ihnen nicht verwöhnt zu werden . . ."

„Und doch möchte ich gerade Sie verwöhnen. Oder verwöhnt man eine Freundin nicht gern mehr, als man das bei seiner eigenen Frau nicht nötig hat?"

„Sie," rief sie gekränkt und zugleich geschmeichelt aus, „oh Sie —!" —

Das Unternehmen kam zustande, mit einer Leichtigkeit, die ihn in früheren Tagen in Staunen versetzt hätte, die er aber jetzt gleichmütig als etwas Selbstverständliches hinnahm, weil er es inzwischen gelernt hatte, an seine Kraft und sein Glück zu glauben.

Er hatte nun freilich — es war inzwischen August geworden — seine geplante Erholungsreise aufgeben müssen und fühlte sich jetzt, nach den erneuten aufreibenden Arbeiten und Mühen, doppelt elend und ausgepumpt.

Seine Frau erklärte: „Du mußt ernstlich fort, — ich bestehe darauf!"

„Und du? Kommst du nicht mit? Das Kind könnte sehr wohl unter gewissenhafter Pflege hier bleiben, — oder auch mitkommen, warum nicht?"

Sie verneinte entschieden. „Nein, ich bleibe hier. Wir reisen im nächsten Frühjahr."

Sie erfuhr auch von seinem neuen Unternehmen und auch davon, daß eine reiche Frau Teilhaberin an ihm war. Er mußte ihr von Frau von Marisch erzählen, und sie wünschte, daß er sie zu ihnen einlade, damit sie Gelegenheit hätte, sie kennen zu lernen.

„Sobald ich zurückkomme," wich er aus, „nicht früher, — ich bin zu abgespannt."

Keine Spur von Eifersucht war an ihr zu entdecken. Es schien, als komme ihr nicht im entferntesten der Gedanke an die Möglichkeit, daß ihr Mann ihr untreu werden könnte.

Sie lebte still und gleichförmig dahin, nur der Pflege ihres Töchterchens hingegeben, das nun zusehends wuchs und dessen Wangen sich rundeten.

Sein Gesicht war ausdrucksvoller geworden, und es machte der jungen Mutter eine tiefe Freude, wenn sie sah, wie es allmählich für mancherlei Interesse offenbarte. Es griff schon zögernd nach einem Band, das man ihm etwa hinhielt, oder lachte ein richtiges lautes Lachen, wenn man über seinem Gesicht die Hände klatschte.

Er schien auch schon verschiedene Personen zu unterscheiden und schrie, wenn es allein gelassen wurde. „Lucy ist verwöhnt," sagte das blonde Kindermädchen, „sie will nicht allein sein!"

Reisner opferte dem Kinde nur wenige Minuten im Tage, was er damit entschuldigte, daß er allzusehr gehetzt sei.

Aber er liebte es und küßte gern den süßen Mund, der sich weinend verziehen wollte, wenn er den Bart des Vaters spürte. Zuweilen trug er es auch oder setzte sich mit ihm in eine Ecke, um zu warten, bis es eingeschlafen war. Dann legte er es behutsam und zärtlich in das Bett.

Das Verhältnis zu seiner Frau war wieder das alte geworden und hatte noch etwas Neues, das sich nicht mehr verlor. Es ist das Kind, dachte er und beruhigte sich damit.

Er hatte auch keine inneren Hemmungen mehr zu überwinden, wenn er an Frau von Marisch dachte. Was bedeutete diese Frau für ihn? Ein duftiges Nichts, das verwehen würde, wie es gekommen war.

Aber er gestand es sich nun doch ein, daß ihn ihre Küsse reizten, und er sehnte sich sehr nach zärtlichen Stunden, die er mit ihr verleben könnte. Es sollte ein halbwacher dünner Traum sein, nach langer, schwerer und erfolgreicher Arbeit, dachte er, aus dem er frisch und gesund wieder erwachen würde, um dann alles lachend wieder zu vergessen.

Er traf sie und sprach ihr davon, daß er einige Wochen verreisen wolle, etwa in den Harz oder in den Taunus oder ins Riesengebirge, und daß doch auch sie das Verlangen haben müsse, dem stickigen Dunst der Stadt für einige Zeit zu entweichen. Er sagte: „Ließe es sich nicht machen, daß wir einander irgendwo trafen, wie zufällig, — so, daß es niemandem auffiele?"

Sie verstand ihn und sie verhehlte es sich nicht, daß er nur ihrem eigenen Wunsch entgegenkam. „Ich bin dabei," sagte sie, „aber ich schlage den Böhmerwald vor. Das ist ein Winkel, den niemand aufsucht."

Sie verabredeten sich und schieden dann beide mit einem Händedruck, der ein stummes Versprechen war.

Zu Hause aber erklärte Reisner: „Ich gehe in den Böhmerwald, dort bin ich allein und habe die Ruhe, die ich brauche."

Er verabschiedete sich zärtlich von Lucie und hob sein Kind zu sich empor, um es zu küssen.

Prokop blieb diesmal daheim.

Vierter Teil.

Behrens.

Achtzehntes Kapitel.

Auf dem Bahnsteig der kleinen Stadt Tiefurt ging ein Mann auf und ab, mit langsamen, schüchtern ausholenden Schritten, die sich anscheinend nicht genug darin tun konnten, zu zeigen, daß sie gehen konnten, als ob dieses simple Auf- und Abgehen eine Art Genuß wäre oder doch ein langentbehrtes Vergnügen. — ein Mann, der allen, die ihn sahen, sofort auffiel, nicht durch äußere Merkmale, die jedem in die Augen springen mußten, im Gegenteil eben dadurch, daß er seine Person so diskret in den Rahmen des Ganzen einfügte, gleichsam in diesen Rahmen schüchtern hineinschlüpfte, wie besorgt, jemand könnte dies sehen oder gar übel vermerken.

Man konnte diesem Manne ein Alter von etwa sechzig Jahren geben, denn sein Rücken war leicht gekrümmt, seine Haare

brauchsgegenstände, eine gesunde, der Volksvermehrung zuträgliche Wohnungsgesetzgebung und Wohnungsfürsorge können hier nur entgegenwirken.

Die außerehelichen Geburten nehmen in der allgemeinen Geburtenstatistik schon immer einen breiten Raum ein. Der Krieg hat das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter sehr stark verschoben. Die große Ueberzahl gesunder, geschlechtsreifer, gebährfähiger Frauen wird die Zahl der außerehelichen Geburten stark vermehren. Besondere durchgreifende Schutzbestimmungen für die außereheliche Mutter und deren Kinder, ihre soziale und gesellschaftliche Besserstellung ist aus menschlichen und Gerechtigkeitsgründen, sowie im Interesse einer gesunden Volksvermehrung geboten.

Die durch Dienstverträge erzwungene Ehelosigkeit breiter Frauenschichten ist vom Standpunkt einer humanen, gesunden und vorurteilslosen Bevölkerungspolitik aus nicht mehr haltbar. Zehntausende junger gesunder Frauen leisten dem Staat Dienste als Lehrerinnen und Postbeamtinnen. Sie sind, wollen oder können sie ihre Stellung nicht aufgeben, zur Ehe- und Kinderlosigkeit verurteilt. Beamte und Militärpersonen in großer Zahl können erst sehr spät eine Ehe eingehen, weil die Heiratsmöglichkeit abhängt von einem außerdienstlichen Einkommen. Hier beraubt sich der Staat selber der Möglichkeit einer gesunden Volksvermehrung; gesunde Frauen und Männer büßen dabei Lebenswerte und Glücksmöglichkeiten ein.

Genußsucht und Bequemlichkeit, die in der Begründung der Regierung als Ursache des Geburtenrückgangs genannt wurden, werden durch das Gesetz nicht getroffen. Die von selbstsüchtigen Motiven geleiteten Menschen gehören meistens den begüterten Schichten der Bevölkerung an, ihnen werden trotz des Gesetzes alle Möglichkeiten der Geburtenverhinderung durch Gebrauch von Präventivmitteln zur Verfügung stehen.

Als ein Zeichen höherer Kultur ist es zu betrachten, wenn das Verantwortungsgefühl der Menschen sich sträubt, Kinder ohne Wahl zu zeugen, gleichgültig gegen die Lebensbedingungen, die sie vorfinden. Die überwiegende Mehrzahl der Frauen hat auch heute noch den Willen zur Mutterschaft. Gestärkt werden kann der Wille zum Kinde nur durch die geeigneten sozialen Maßnahmen, von denen ein Teil oben angeführt wurde.

Bei der Beratung des Gesetzes wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß das den Männern zum Schutz gegen Ansteckung freigegebene Condom gleichzeitig als empfängnisverhütendes Mittel wirke. Nach unserer Ansicht muß auch den Frauen das nach dem Gutachten ärztlicher Autoritäten hygienisch und gesundheitlich einwandsfreie Okklusiv-Pessar weiterhin erlaubt werden. Denn wo es sich um Männer mit vermindertem sittlichen Verantwortungsgefühl handelt oder wo, wie oft bei Trinkern und Tuberkulösen, ein krankhaft erhöhtes Geschlechtsbedürfnis besteht, werden die betreffenden Männer keineswegs geneigt sein, die Empfängnis durch Anwendung des Condoms zu verhüten. Das vollständig Verbot der von Frauen anzuwendenden Mittel zur Verhütung der Empfängnis muß notwendig die kriminellen Aborte stark vermehren. Die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches haben auf die Zahl der kriminellen Aborte keinen Einfluß gehabt. Wir erblicken darin den Beweis, daß diese Handlungen nicht nur von kriminellen, sondern auch von rein menschlichen und sozialen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müssen. Im Interesse der Volksgesundheit und Volksmoral müßte alles vermieden werden, was geeignet ist, die Abtreibungen zu vermehren.

Die in dem Gesetzentwurf gegen Unfruchtbarkeit und Schwangerschaftsunterbrechung geforderte Namhaftmachung der Kranken an den Kreisarzt wird ebenfalls vielfach dazu beitragen, die Frauen aus Furcht vor dem Bekanntwerden des Eingriffes zur Abtreiberin anstatt zum Arzte zu führen, also aufs neue die Gefahr der kriminellen Abtreibungen vermehren. Die geforderte Anzeige an den Kreisarzt mit Namhaftmachung des Patienten stellt außerdem einen Bruch der ärztlichen Schweigepflicht dar, der gerade in dem Gesetz betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten so eindringlich gegen die Meldepflicht angeführt wurde, also auch hier ein verschiedenes Maß gegenüber den Frauen und Männern. Weiterhin ist zu befürchten, daß viele Aerzte durch die ihnen in dem Gesetz zugemuteten Unbequemlichkeiten und Kontrollen sich von einer oft notwendigen Unterbrechung der Schwangerschaft werden abhalten lassen, und zwar gerade wieder in den Fällen, in denen sie gegen geringes Entgelt oder umsonst vorgenommen werden müßte. Diese menschlich durchaus verständliche Neigung wird auch wieder zu einer Bevorzugung der wohlhabenden Kreise führen, während es doch offenbar dem Gesetzgeber darum zu tun sein muß, die Kinderzahl gerade in denjenigen Kreisen zu steigern, in denen die Möglichkeit bester Aufzucht vorliegt.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.
Marie Juchacz.

Marschall Foch und Jaures über den Krieg.

„Die Entscheidung liegt bei Foch," so versichert die nationalistische Presse Frankreichs und so ähnlich sagt es Wilson ja auch, wenn er in seiner Note an Deutschland erklärt, über die Waffenstillstandsbedingungen würden die alliierten Regierungen mit ihren militärischen Ratgebern beraten. An deren Spitze steht Foch als Höchstkommandierender. Mit ihm hat sich Jaures in seinem Buch „Die neue Armee" auseinandergesetzt. Er zitiert dort aus Fochs „Vorlesungen an der Kriegsschule" von 1905 die folgenden Sätze:

„Der Krieg war anfangs national, um den Völkern die Unabhängigkeit zu erobern und zu sichern. Die Franzosen in den Jahren 1792 und 1793, die Spanier von 1808 und 1814, die Russen 1812, die Deutschen von 1813, das Europa des Jahres 1815: das sind die machtvollen und glorreichen Offenbarungen der Leidenschaft der Völker, die Valmy, Saragossa, Tacone, Moskau und Leipzig heißen. Später hatte der nationale Krieg die Einheit der Rasse und Nationalität zu erobern. Das ist der Gedanke der Italiener und Preußen in den Jahren 1866 und 1870. Das ist der Gedanke, in dessen Namen man vielleicht einen deutschen Kaiser einst auf die deutschen Provinzen Oesterreichs Anspruch erheben sehen wird. Aber der Krieg bleibt auch national, wenn es sein Zweck wird, Vorteile im Handel, günstige Handelsverträge zu erringen."

Im Anschluß an diesen Gedanken beruft sich Foch auf das Wort Moltkes: „Die Börse sogar hat einen so großen Einfluß gewonnen, daß sie zur Verteidigung ihrer Interessen Armeen ins Feld zu stellen vermag." Dieser Interessenkrieg erscheint Foch als nicht sehr vornehm, und die mörderische Macht der Börsenspekulation versetzt ihn nicht in Begeisterung. In einer geistreichen Formel sagt Foch sogar, „die Kriege würden immer interessierter immer weniger interessant". Gleichwohl glaubt Foch, daß gerade die Interessenkriege mit aller Leidenschaft geführt werden würden; denn an der wirtschaftlichen Macht des Landes seien alle Bürger interessiert.

Jaures bestritt nun, daß diese wetteifernden Leidenschaften jemals den Grad von Ungestüm und Ausdehnung erreichen könnten, die ein wahrhaft nationaler Krieg erfordere; aber in diesem Punkte hat Foch gegen Jaures zweifellos Recht behalten.

Gleichwohl sollte Marschall Foch das dringende Mahnwort nicht überhören, das der tote Jaures gerade an ihn gerichtet hat, den Begriff des nationalen Krieges nicht zu überspannen. Also schrieb Jaures:

„Wenn Herr General Foch und die Offiziere, deren Lehrer er ist, etwas darüber nachdenken wollten, würden sie erkennen, daß für ihr Gewissen und ihr Denken eine entscheidende Stunde gekommen ist. Ein Hohn ist es wahrlich, und es wäre eine Entartung, Kriege, die durch die Beutelust von wetteifernden kapitalistischen Gruppen entfacht werden, als im tiefsten Grunde und Wesen national zu betrachten. Es tut not, daß unsere Offiziere selbst zu dem großen, sozialen und moralischen Drama, das sich entwickelt, klar Stellung nehmen. Es tut not, daß sie begreifen, und daß sie selbst gemeinsam mit dem Volke es recht laut aussprechen, daß eine Politik, die um kolonialer Erwerbung und Börsenspekulationen willen zwei Nationen zu Opfern machen würde, schändlich und verderblich wäre. Es tut not, daß sie als Offiziere sehr vernehmlich sagen, sie könnten den notwendigen Schwung von einer Armee nicht erhoffen, die durch solch niedrigen Handel in ein unseliges Gemetzel getrieben würde. Nur eine einzige Möglichkeit des nationalen Krieges gibt es: daß nämlich ein Volk, welches den Frieden will, das den Beweis erbracht hat, daß es den Frieden will, und dem jeder Gedanke an Angriff und Raub fremd ist, durch die Beute- und Abenteuerlust fremder Regierungen überfallen würde, die auf Riesenplünderung ausgehen oder auf die gewaltsame Ableitung innerer Schwierigkeiten ... Jenseits dieser Voraussetzungen ist es von nun an nicht mehr möglich, ist es nicht mehr erlaubt, von einem nationalen Kriege zu sprechen."

Jaures rühmte Fochs Verständnis für demokratische Gedankengänge. Der Augenblick ist gekommen, in dem Foch zeigen muß, ob er dies günstige Urteil verdient, ob er von Jaures etwas gelernt hat. Das deutsche Volk hat den Beweis erbracht, daß es den Frieden will und daß ihm jeder Gedanke an Angriff und Eroberung fernliegt. Will Foch es gleichfalls zur Fortsetzung des Krieges zwingen, so stellt er sich lediglich in den Dienst brutaler Angriffslust und nackten Raubes. So beraubt er das französische Heer jeder nationalen Idee, die es bisher beseelt haben könnte, und weckt in Deutschland den einzig wahrhaft nationalen Krieg. Im Interesse des Weltfriedens wünschen wir, daß der Oberbefehlshaber der alliierten Heere sich diesem Gedanken nicht verschließe. Möge Foch die Stimme des toten Jaures aus seinen Werken hören!

---

schimmerten in einem schmutzigen Silber und insbesondere sein Antlitz, in dem zwei klare heitere Augen tief nach innen lagen, war von einer Unzahl von Runzeln durchackert, schmal und blaß und durchsichtig, wie man es zuweilen bei alten Leuten findet, die soeben von einem Krankenlager aufgestanden sind.

Der Alte hatte offenbar die Absicht, den Personenzug nach Hamburg zu benutzen, denn er mischte sich in das Häuflein Menschen, das soeben die Bahnsperre passiert hatte und nun dem Zug, der eben einfuhr, entgegendrängte.

Als der Zug sich fünf Minuten später wieder in Bewegung setzte, hatte der Alte seinen Platz in einem Wagen dritter Klasse eingenommen, einem Kleinstädter gegenüber, der gleichfalls nach Hamburg fuhr, und zwar um Einkäufe zu machen.

„Das Gefängnis!" sagte erklärend dieser Mann, als der Zug an einem großen kasernenartigen Gebäude vorüberfuhr, und er sagte es, teils weil er in dem Alten einen Fremden vermutete, teils weil das immerhin ein Punkt war, an dem sich ein Gespräch anknüpfen ließ.

Der Alte nickte nur und sagte freundlich: „Ja, das Gefängnis."

Daraus ersah der Kleinstädter, daß der andere keineswegs einer von jenen Finsterlingen war, die ein Kupeegespräch grundsätzlich durch ein dumpfes Knurren ablehnen, und er zögerte deshalb nicht länger und stellte sich vor: „Mein Name ist Granich. Ich fahre geschäftehalber nach Hamburg."

Wieder nickte der Alte. „Ich heiße Behrens," sagte er in einem Tone, der zeigte, daß es ihm eine Lust war, zu reden, „und ich reise auch nach Hamburg, aber nur zu meinem Vergnügen."

Granich seufzte. „Ach ja, Vergnügen! Die Zeiten sind schwer ..."

„Sind sie das?" fragte wie erstaunt Behrens.

Sogleich begann der Mann namens Granich von seinen Verhältnissen zu reden, und obgleich diese sicher nicht interessant, ja recht alltäglich und banal waren, hörte ihm Behrens mit sichtlicher Aufmerksamkeit zu, mit einer Aufmerksamkeit, an der sich der andere wärmte, in solchem Maße, daß es dahin kam, daß Behrens nach und nach über das Wohl und Wehe der gesamten Familie Granich nebst Anhang erschöpfend aufgeklärt war.

Fortsetzung folgt.

Elf Menschen unschuldig hingerichtet.

Aus Wien wird berichtet: Die ruthenischen Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen hatten in der 10. und 73. Sitzung des Abgeordnetenhauses Interpellationen wegen Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen die zum Tode verurteilten und hingerichteten Peter Kowal und Genossen aus Synowitzkawazna und Entschädigung der Hinterbliebenen eingebracht.

Der Minister für Landesverteidigung beantwortete nunmehr in einer vom 11. d. Mts. datierten Erledigung dieser Anfragen auf schriftlichem Wege, wie folgt:

„Ich beehre mich zu erwidern, daß auf Grund des vom Kriegsministerium angeordneten außerordentlichen Wiederaufnahmeverfahrens sämtliche mit rechtskräftigem Urteil des Feldgerichts des 55. Infanteriedivisionskommandos als Standgericht vom 13. Oktober 1914, K. 1/14/5, wegen Verbrechens wider die Kriegsmacht des Staates zum Tode Verurteilten, und zwar Peter Kowal, Michael Kowal, Anton Kowal, Fedor Budz, Stephan Krub, Nikolaj Dzus, Peter Dzus, Adam Struk, Iwan Mathiszyn, Theodor Fedynszyn und Josef Trszowuicki mit dem Urteil des Obersten Militärgerichtshofes vom 17. April 1918, G. Z. R. 383/18/2, von der Anklage wegen des vorgenannten Verbrechens freigesprochen worden sind.

Tieferschüttert neige ich mich vor den im Grabe ruhenden unglücklichen Opfern dieses entsetzlichen Justizirrtums, der nur durch den alles überwältigenden Gang der damaligen Kriegsereignisse erklärt werden kann und zu dem die Anzeige eines fanatischen Ortsgenossen der Beklagenswerten den ersten Anstoß gab. Zur Erlangung einer Genugtuung, soweit eine solche noch möglich ist, bietet den Hinterbliebenen das Gesetz vom 21. März 1908, RGBl. Nr. 109 über die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen, die Handhabe.

Tief erschüttert neigen auch wir uns vor diesen elf Märtyrern einer vorschnellen Justiz, denen im Abgeordnetenhause noch das ruchlose Wort gefolgt war, daß „in Galizien viel zu wenig gehängt" würden ... Hier sind gleich elf zu viel! Elf Menschen unschuldig, um eines törichten Wahnes willen, hingerichtet! Zu welcher Riesengröße an Schuld kann doch die kleine Ziffer 11, die sich „bloß" aus zwei Einsern bildet, anwachsen. Und schüttelndes Grauen faßt uns bei dem erschütternden Gedanken, daß diese elf — nicht alle sind ...

Aus dem Gerichtssaal.

337 246 Mark Geldstrafe. Ein großer Prozeß, bei dem es sich um Millionenwerte handelt, gelangte vor der Kölner Strafkammer zur Verhandlung. Als Angeklagte erschienen der Spirituosenhändler Hartkopf aus Elberfeld, die Kaufleute Karl und Peter Schwartz aus Köln und der Kaufmann Oskar Kopp aus Nürnberg. Den Beschuldigten wurde verbotene Einfuhr, Zolldefraudation und Vergehen gegen die Kriegsvorschriften zur Last gelegt. Sie hatten durch Schiebungen aus Belgien Spirituosen, Kognak, Seife und Metalle bezogen. Das Gericht erkannte gegen Hartkopf und Peter Schwartz auf je 111 866 Mk., gegen Karl Schwartz auf 112 114,40 Mk. und gegen Kopp auf 1390 Mk. Geldstrafe. Der erzielte Gewinn in der Höhe von 100 000 Mark wurde vom Gericht eingezogen.

Der Deutsche Arbeitersängerbund

hielt als Ersatz der längst fälligen Generalversammlung am vorigen Sonntag in Erfurt eine Reichskonferenz ab. Der Bund, der vor dem Kriege rund 108 000 aktive Sänger und Sängerinnen vereinigte, ist nach dem Bericht des Vorstandes während des Krieges stark zusammengeschmolzen. Erfreulicherweise macht sich aber, wie die Delegierten mitteilen konnten, in den einzelnen Gauen wieder eine zwar langsame, aber gesunde Aufwärtsbewegung bemerkbar. Wo die Männerchöre infolge der Einberufungen zu schwach geworden waren, hat man mit gutem Erfolge gemischte Chöre ins Leben gerufen, die sich gut entwickeln und bereits Tüchtiges leisten. Zur Stärkung der Hauptkasse, die durch den mit der Verringerung der Mitgliederzahl verbundenen Rückgang der Beitragsleistung stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, wurden folgende Vorstandsanträge nach eingehender Beratung angenommen:

Der Beitrag wird für männliche Mitglieder auf 60 Pfg., für weibliche Mitglieder auf 50 Pfg. pro Jahr festgesetzt. Tritt am 1. Oktober 1918 in Kraft.

Sämtliche Porti für Lieder, Zeitungen usw. sind von den Empfängern zu tragen. Tritt sofort in Kraft.

Zeitungen werden nur so viel geliefert, als Mitglieder angemeldet sind; jedes Mehr ist mit 8 Pfg. pro Exemplar zu bezahlen. Tritt am 1. Januar 1919 in Kraft.

Die im Verlage des Bundes erscheinenden Lieder erfahren einen Preisaufschlag. Die einzelnen Stimmen kosten je nach Umfang: 7½, 10, 15, oder 20 Pfg., Partituren entsprechend.

Diese Beschlüsse sollen bis zum Kriegsende, mindestens aber ein Jahr gelten. Die Delegationskosten der nächsten Generalversammlung sollen von den einzelnen Gaukassen getragen werden. Die Konferenz klang aus in einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Arbeitersängerbund und den Gesang des kraftvollen Uthmannschen Liedes: Lord Foleson.

Aus Nah und Fern.

Polizeibeamte als Diebe. Ein in der Geschichte der Berliner Polizei erfreulicherweise seltener Fall ist von den Behörden aufgedeckt worden. Zwei uniformierte Polizeiwachtmeister haben monatelang mit Dieben gemeinsame Sache gemacht und diese nicht allein bei der Ausübung ihrer Raubzüge unterstützt, sondern sich sowohl an den Diebstählen als an der Verschiebung und Verwertung der Beute beteiligt. Die beiden Beamten, die Polizeiwachtmeister Kalinowski und Erdmann, waren dem Polizeirevier in der Swinemünder Straße zugeteilt. In einer Gastwirtschaft in der gleichen Straße, in dem sie ständige Gäste waren, machten sie die Bekanntschaft des wiederholt wegen Diebstahls vorbestraften 25 Jahre alten fahnenflüchtigen Soldaten Max Bernat. Dieser wußte sie zu überreden, ihn bei Verübung von Diebstählen zu unterstützen. Als er eines Tages in Erfahrung brachte, daß ihm befreundete Einbrecher bei einem Schneidermeister in der Stargarder Straße für viele tausend Mark gestohlene Stoffe verkauft hatten, führte er folgenden Streich aus: Er begab sich in Begleitung des Wachtmeisters Kalinowski und eines bisher noch unbekannt gebliebenen Genossen, der die Rolle des Diebes spielte und von den beiden sogar zum Scheine gefesselt worden war, zu dem Schneidermeister, ließ sich die gestohlenen Stoffe ausfolgern und führte die Waren auf einem bereitstehenden Fuhrwerk fort, um sie anderweitig zu verkaufen. Den Erlös teilte er mit Kalinowski und dem dritten Genossen. Einen ganz ähnlichen Streich führten Kalinowski und Bernat in der Lothringer Straße aus, wo ihnen ebenfalls für mehrere tausend Mark Stoffe und Kleider in die Hände fielen. Um Diebstahlsgelegenheiten auszuspüren, legte Bernat die Uniform eines Leutnants mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse an. Er lernte in dieser Verkleidung einen Herrn kennen, der ihm vertraulich mitteilte, daß er für mehrere tausend Mark Süßstoff besitze. Schon am nächsten Tage erschienen auf Veranlassung Bernats die beiden Polizeiwachtmeister Kalinowski und Erdmann bei dem Herrn, beschlagnahmten den Süßstoff, den sie dann an Hehler weiter verkauften. Auch ein Einbruch scheint von den beiden ungetreuen Beamten verübt worden zu sein. Sie täuschten in einer Wohnung in der Gartenstraße eine Haussuchung vor, ließen, da die Bewohner nicht anwesend waren, durch einen Schlosser die Wohnung öffnen und stahlen Schmuckgegenstände im Werte von 20 000 Mark. Kurz danach wurde Erdmann auf frischer Tat ertappt. Er erschien bei einer Händlerin in der Brunnenstraße und versuchte dort eigenmächtig deren Vorräte, die er grundlos als Schleichware bezeichnete, zu beschlagnahmen. Die Händlerin ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern rief einen Schutzmann herbei. Diesem gegenüber legte sich Erdmann einen falschen Namen bei und bedrohte ihn. Als der Schutzmann sich durch den Kom[illegible] Vorgesetzten nicht irreführen ließ, sondern Erdmann sogar für verhaftet erklärte, zog dieser seinen Säbel und drang auf den Schutzmann ein. Er wurde jedoch überwältigt und zur Wache gebracht, von wo er aber nach Feststellung des Sachverhalts wieder entlassen wurde. Er verschwand dann schleunigst aus Berlin. Bald danach ereilte auch Kalinowski sein Schicksal. Als er eines Tages auf einem Wagen, den er selbst [illegible] Schleichwaren fortbringen ließ, wurde der Wagen von einem Schutzmann in der Kastanien-Allee angehalten. Kalinowski hatte die Kühnheit, den Schutzmann zu bitten, er möge aus kameradschaftlichen Gründen den Wagen ungehindert weiter fahren lassen, da er, Kalinowski ein Interesse an der Fortschaffen der Waren habe. Der Schutzmann nahm jedoch Kalinowski als auch den Führer des Wagens fest. Nachdem Kalinowski ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden war, tauchte Erdmann wieder in Berlin auf. Er wurde barfuß in scheinbar geistesgestörtem Zustande auf der Straße aufgegriffen und gleichfalls dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihn zur Prüfung seines Geisteszustandes einer Irrenanstalt überwiesen hat. Mit den beiden Beamten ist auch eine Reihe von anderen Personen verhaftet worden.

Das Schießen auf flüchtende Soldaten hat in Aachen wieder ein Opfer gefordert. Zwei Soldaten hatten einen Deserteur nach der Kaserne zu bringen. Der Deserteur suchte zu entfliehen, und einer der Soldaten machte von seiner Schußwaffe Gebrauch. Statt des Deserteurs traf er einen in einem dortigen Bäckereibetriebe beschäftigten, am Blücherplatz wohnenden Bürger tödlich. Wieviele Zivilisten müssen noch ihr Leben lassen, bis endlich den Soldaten der Gebrauch der Schußwaffe auf offener Straße verboten wird? Vermag die Militärbehörde ihre Gefangenen nicht zu transportieren, ohne die Oeffentlichkeit zu gefährden, so mag sie die Arbeit anderen anvertrauen oder die Deserteure laufen lassen.

Familientragödie. Die schwindsüchtigen Tischlereheleute Sterek in Delitzsch töteten ihre beiden Kinder, indem sie ihnen mit einem Rasiermesser die Kehlen durchschnitten, und vergifteten sich dann selbst durch Gas.

Schließung der Theater und Kinos in Kopenhagen. Auf Grund der reißenden Ausdehnung der Grippe hat die dänische Regierung kräftige Maßregeln ergriffen und die Schließung sämtlicher Theater, Varietes, Kinos, Tanzlokale und dergleichen angeordnet. Die Universität soll ebenfalls geschlossen werden, und an der Börse wird eine Einschränkung des Besuchs stattfinden. Das scharfe Vorgehen erfolgt auf Anregung der Gesundheitsbehörde, die eine Ansammlung der Menschenmassen unter den gegenwärtigen Verhältnissen für gefährlich hält. Denn die Seuche greift in bedenklichem Grade um sich. Die Krankenhäuser sind längst überfüllt, und es erweist sich schwer, das nötige Pflegepersonal zu schaffen. In letzter Woche betrug die Zahl der Grippeerkrankungen gegen 14 000, doppelt so viel wie in der vorhergehenden Woche. Die Theater, deren Verträge mit dem Künstlerpersonal infolge der Epidemie außer Kraft treten, werden durch die Schließungsmaßregel hart getroffen, aber die Direktoren sehen ein, daß der Schritt unvermeidlich war. Manche verlangen mit Recht auch eine Schließung der Kirchen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.